



Protokoll des Zürcher Kantonsrates

158. Sitzung, Dienstag, 18. März 2014, 14.30 Uhr

Vorsitz: *Bruno Walliser (SVP, Volketswil)*

Verhandlungsgegenstände

2. Festsetzung des revidierten kantonalen Richtplans

Antrag des Regierungsrates vom 28. März 2012 und geänderter Antrag der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt und der Kommission für Planung und Bau vom 12. November 2013 **4882b**

(gemeinsame Behandlung mit 5010)

Fortsetzung der Beratung vom 17. März 2014..... Seite 00000

3. Haltestelle Schloss Laufen: das Kind nicht mit dem Bade ausschütten

Antrag des Regierungsrates vom 21. August 2013 zum dringlichen Postulat KR-Nr. 179/2012 und gleichlautender Antrag der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 12. November 2013 **5010**

(gemeinsame Behandlung mit 4882b)

Fortsetzung der Beratung vom 17. März 2014..... Seite 00000

Verschiedenes

– Neu eingereichter parlamentarischer Vorstoss..... *Seite 00000*

Geschäftsordnung

Ratspräsident Bruno Walliser: Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

2. Festsetzung des revidierten kantonalen Richtplans

Antrag des Regierungsrates vom 28. März 2012 und geänderter Antrag der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt und der Kommission für Planung und Bau vom 12. November 2013 **4882b**

(gemeinsame Behandlung mit 5010)

Fortsetzung der Beratung vom 17. März 2014

3. Haltestelle Schloss Laufen: das Kind nicht mit dem Bade ausschütten

Antrag des Regierungsrates vom 21. August 2013 zum dringlichen Postulat KR-Nr. 179/2012 und gleichlautender Antrag der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 12. November 2013 **5010**

(gemeinsame Behandlung mit 4882b)

Fortsetzung der Beratung vom 17. März 2014

(Die Anträge zum Richtplantext und die zur Diskussion stehenden Karteneinträge werden auf vier Grossleinwände im Ratssaal projiziert.)

Ratspräsident Bruno Walliser: Bevor wir weiterfahren mit Traktanden 2 und 3 habe ich Ihnen noch eine wichtige Mitteilung zu machen und bitte Sie um Aufmerksamkeit. Wie Sie mich kennen, erkläre ich Ihnen das nur einmal.

Sie haben auf Ihren Bänken den Erläuterungsbericht zu den Einwendungen des Richtplans vorgefunden. Die Änderungen sind gemäss den Beschlüssen des Kantonsrates verfasst. Wir werden im Anschluss an die Behandlung der Minderheitsanträge auch diesen Erläuterungsbericht Seite für Seite durchgehen müssen. Ich bitte Sie jetzt schon, sich vorzubereiten, sodass allfällige Fragen vorgängig eingefügt werden können und wir das bei der Seitendiskussion nicht machen müssen. Wenn Sie also irgendeinen Fehler feststellen, bin ich Ihnen dankbar. Fehler können passieren, das ist so. Wir stimmen über den Erläuterungsbericht im Anschluss ab. Das muss so sein.

Sollten anhand dieser acht Minderheitsanträge noch Ergänzungen zum Erläuterungsbericht nötig sein, werden diese nachgeliefert, bevor wir zur Abstimmung kommen. Besten Dank.

6.3 Bildung und Forschung

6.3.1 Ziele

b) Mittelschul- und Berufsbildung

6.5a

Antrag von Willy Haderer:

Zusätzlicher Eintrag Objekt «Kantonsschule Limmattal, Urdorf».

Willy Haderer (SVP, Unterengstringen): Zu diesem Antrag kam es infolge eines Auftrags der parteiübergreifenden Kollegen aus dem Limmattal, den Limmattaler Kantonsräten. Als ehemaliger ZPL-Präsident (*Zürcher Planungsgruppe Limmattal*) habe ich klar gewusst, wo ich mich erkundigen musste, um festzustellen, ob an diesem Problem «Mittelschule Urdorf, Ausbau» etwas dran ist und was dran ist. Es sind hier eigentlich zwei Diskussionen offen gewesen. Die eine wurde geführt, nämlich der Ausbau mit einer Aula und einer Turnhalle. Dort kam man zum Schluss – richtigerweise –, dass ein Eintrag für eine Erweiterung nicht gegeben ist. Die zweite Diskussion, die eben nicht geführt wurde, ist die Diskussion, ob man am Standort Urdorf nicht die heutige Mittelschule ausbauen, erweitern soll. Nun ist ja die Situation im Limmattal seit einigen Jahren schon so, dass wir ein grosses Wachstum der Bevölkerung und der Arbeitsplätze zu gewärtigen haben. Ich habe vor einigen Jahren mit dem Statistischen Amt noch grosse Diskussionen geführt, weil das Statistische Amt eine viel geringere Wachstumsquote eingestellt hat. Wir konnten uns dann in der Nähe unserer Prognose aus der ZPL einigen. Heute müssen wir feststellen, dass auch diese Prognose bereits durch die Aktualität überschritten ist. Das sind die Grundlagen dafür, dass man ernsthaft über eine Erweiterung dieser Mittelschule am Standort Limmattal, Urdorf, nachdenken muss. Dies hat auch der Regierungsrat so gesehen, indem er eine Regionalstrategie 4 für die Schulraumerweiterung für die Infrastruktur der Sekundarstufe II prüft. Es ist eine Möglichkeit, hier in Urdorf diese Erweiterung vorzunehmen, sofern die Platzmöglichkeiten dies gestatten, was ich aus meiner Sicht glaube, bestätigen zu können, oder als Alternative im Knonaueramt in Affoltern eine neue zusätzliche Schule zu bauen. Es geht heute im Rat nicht darum, mit diesem Eintrag eine Konkurrenzsituation oder eine Verhinderung im Knonaueramt zu signalisieren, sondern es geht darum, die Strategie, die auf dieser Basis an diesen beiden Standorten

vom Regierungsrat vorgenommen wird, so offen zu lassen, dass nach dem Entscheid des Regierungsrates an beiden Orten ohne weitere Schwierigkeiten ein Ausbau oder Neubau möglich ist. Das gewähren wir mit diesem Antrag. Ich möchte den Fraktionen, die mir Zustimmung signalisiert haben, bestens danken, dass sie die Sache so angeschaut haben. Ich kann nicht verstehen, warum die SP-Fraktion hier auf Empfehlung der Bildungsdirektorin (*Regierungsrätin Regine Aepli*) Nein sagt, obwohl der zuständige Chefbeamte in der Bildungsdirektion klar und schriftlich bestätigt, in dieser Situation sei dieser Eintrag klar nötig. Ich habe diese Antwort auch vom ARE (*Amt für Raumentwicklung*) klipp und klar so erhalten und ich bitte Sie bei dieser Ausgangslage, meinem Antrag zuzustimmen. Ich danke Ihnen.

René Gutknecht (GLP, Urdorf): Die Grünliberalen werden dem Antrag zustimmen. Wir wollen der Kantonsschule Urdorf eine Erweiterung im nötigen Rahmen, zum Beispiel Neubau Turnhalle und Aula, ermöglichen. Dieser Eintrag entspricht, wie es Willy Haderer bereits erwähnt hat, aber in keiner Weise einer Vorwegnahme des Resultats der geplanten Standort-Evaluation für die geplante Erweiterung der Mittelschulkapazitäten im Knonaueramt. Diese muss, ungeachtet des Eintrags, ergebnisoffen durchgeführt werden. Der Eintrag ist von den Grünliberalen keine Zusage zum Standortentscheid über eine generelle Erweiterung der Kantonsschule in Urdorf.

Moritz Spillmann (SP, Ottenbach): Ich gebe gerne Antwort, warum die SP diesen Antrag nicht unterstützen wird. Wir haben es gehört, es war der Limmattaler Block über die Parteien hinweg, der zu diesem Antrag gefunden hat, und das bestätigt mich ein bisschen darin, dass es sich hier auch um ein eher verspätetes Lobbying für den Ausbau des Mittelschul-Standortes Limmattal handelt. Das darf man selbstverständlich, aber wir von der Sozialdemokratischen Fraktion erachten es als zielführender, dass die Bildungsdirektion die Abklärungen über die Standortwahl bei den Mittelschulen über das klar definierte Verfahren vornimmt und unabhängig und losgelöst von solchen auch gut gemeinten regionalpolitischen Vorstössen voranschreiten kann. Nun gut, Willy Haderer hat ja auch sehr stark formal argumentiert und das rechne ich ihm auch an. Ich bin auch nicht ganz sicher, was jetzt mehr Sinn macht, ob der Richtplan-Eintrag jetzt vor oder nach abgeschlossenem Bewertungsverfahren vorgenommen werden soll. Formal

spielt das am Schluss wahrscheinlich gar nicht so eine Rolle. Aber formal betrachtet ist es eben auch nicht ganz korrekt, dass dieser Antrag nicht in einer Kommission hat vorberaten werden können und damit auch die Bildungsdirektion hat Stellung beziehen können, warum sie auf diesen Richtplan-Eintrag verzichtet hat. So müssen wir heute, einfach konfrontiert mit diesem Antrag, aus dem Bauch heraus entscheiden, was uns da ein bisschen sinnvoller oder weniger sinnvoll erscheint. Aber die Grundlagen fehlen letztlich, weil wir hier die entsprechenden Informationen der Direktion nicht haben.

Aber nach über 200 Anträgen zum Richtplan habe ich gelernt, dass wohl kein einziger solcher Antrag, den wir hier diskutiert und über den wir befunden haben, einfach eine Formalie ist, sondern jeder einzelne Antrag ist immer auch hochpolitisch, wird hochpolitisch verstanden. So geht es auch bei diesem Eintrag nicht einfach um eine Formalität, sondern dieser Antrag wird auch politisch verstanden werden und er wird auch falsche Hoffnungen wecken, Erwartungen und eben auch Ansprüche wecken bei entsprechenden Personen. Und gerade diese Ansprüche möchte ich seitens der SP auch etwas dämpfen. Der Ausbau einer Kantonsschule Limmattal würde nämlich auch grundsätzlich der Zielsetzung im Richtplan widersprechen, dem Grundsatz nämlich nach einer Dezentralisierung der Bildungseinrichtungen, um die Pendlerströme möglichst gering zu halten. Aber nicht raumplanerisch oder richtplanerisch, sondern auch bildungspolitisch ist die Schaffung einer sehr grossen Schule, die sich mit zunehmender Schülerzahl mit den Problemen der Anonymität zu befassen hat, sehr fragwürdig und auch aus unserer Sicht abzulehnen. Entgegen der Begründung des Antrags geht es eben nicht einfach nur um das Platzangebot an und für sich, sondern da gälte es noch weitere Kriterien zu berücksichtigen. Deshalb lehnt die SP diesen als Formalität erscheinenden Antrag ab, weil er ein politischer Vorstoss ist. Und wir wollen dieses Auswahlverfahren ohne lokalpolitisches Störfeuer abhalten. Die Fraktion wird entsprechend ablehnen – bis auf die Vertreter des Limmattaler Blocks (*Heiterkeit*).

Andreas Wolf (Grüne, Dietikon): Wir Grünen sind uns einig, dass wir mit dem heutigen Entscheid keinen Vorentscheid über den Standort zukünftiger Bildungsplätze schaffen wollen. Den Entscheid, ob eine neue Kanti in Affoltern gebaut werden soll oder die Kanti Limmattal ausgebaut werden soll, muss die Bildungsdirektion aufgrund objekti-

ver Argumente genau evaluieren. Zu diesen objektiven Argumenten zählt für uns Grüne unter anderem auch das Prinzip der kurzen Wege, der Dezentralisierungsgedanke und das Gegenstromprinzip, damit der ÖV während der Stosszeit entlastet werden kann. Das Schülerpotenzial muss aber ganz klar ausgewiesen sein. Es macht keinen Sinn, in Affoltern eine Kanti zu bauen, die dann halbleer steht beziehungsweise mit Schülern aus dem Limmattal oder gar aus Zürich gefüllt werden soll. Ein Teil der Fraktion ist der Meinung, dass ein Eintrag zur Kanti Urdorf verfrüht ist, da der Entscheid der Bildungsdirektion noch nicht feststeht. Der andere Teil ist der Meinung, dass man beide Alternativen im Richtplan festhalten muss, damit diese als gleichwertig angesehen werden.

Hans Läubli (Grüne, Affoltern a. A.): Ich gehöre zu dem Teil unserer Fraktion, der diesen Antrag ablehnt. Moritz Spillmann hat schon vieles gesagt. Lokalpatriotismus aus dem Limmattal in Ehren, aber Sie setzen hier einfach ein ganz klar falsches Zeichen. Wir sind uns alle einig im Rat, dass Arbeit und Wohnen näher zusammengeführt werden sollte. Die Mobilität sowohl im Individualverkehr als auch im öffentlichen Verkehr eher eingedämmt und nicht gefördert oder forciert werden soll. Aus diesem Grund ist dieser Eintrag, dieses Anliegen, das ein Zeichen setzt, und zwar, wie das auch gesagt wurde, nicht nur einfach ein technokratisches, sondern politisches, ist fehl am Platz. Das Knonaueramt hat heute ein Potenzial von rund 700 bis 800 Mittelschülern; eigentlich nicht ein Potenzial, sondern es sind 700 bis 800 Mittelschüler im Knonaueramt. Wenn im Knonaueramt eine neue Mittelschule gebaut wird, dann wird Urdorf entlastet und das wäre sinnvoll, sowohl im ökologischen als auch im pädagogischen Sinn. Ich bitte Sie zusammen mit einem Teil unserer Fraktion, diesen Antrag abzulehnen. Besten Dank.

Willy Haderer (SVP, Unterengstringen) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte Kollege Moritz Spillmann auf einen Grundlagenirrtum aufmerksam machen: Es geht darum, hier nun die Möglichkeit zu schaffen, wenn diese Studie, die anerkanntermassen in Bearbeitung ist, das Resultat ergibt, dass in Urdorf ausgebaut werden sollte. Wenn wir das jetzt nicht eintragen, müsste dannzumal, in mehreren Jahren vielleicht, zuerst ein Extraantrag für einen Richtplan-Eintrag gemacht werden. Das können wir verhindern, indem wir jetzt diese Situation

korrigieren. Und zu Hans Läubli, wenn wir schon von «vom öffentlichen Verkehr erschlossen» sprechen: Im Limmattal haben wir den öffentlichen Verkehr in einer derartigen Dichte sichergestellt. Das geht parallel zur Bevölkerungsentwicklung. Wenn nun die Mittelschule dort ausgebaut wird, wo die jungen Leute sind, die dort in die Schule gehen müssen, dann wäre das eigentlich nur ein Vorteil auch für die Verkehrssituation. Ich bitte Sie um Zustimmung zum Antrag.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 128 : 38 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag 6.5a zuzustimmen.

Ratspräsident Bruno Walliser: Erlauben Sie mir eine kleine Bemerkung: Ich stelle fest, dass es viel ruhiger ist, wenn Zeitungen aufgelegt sind.

6.3.2 Karteneinträge

Zu diesem Unterkapitel liegen keine Minderheitsanträge vor.

6.3.3 Massnahmen

a) Kanton

6.6

Minderheitsantrag Thomas Wirth, Edith Häusler, Martin Geilinger, Barbara Schaffner:

1. Absatz, 1. Satz, Neufassung

Der Kanton erarbeitet in Zusammenhang mit dem Bund die strategischen Ziele der Bildungs- und Forschungspolitik und leitet daraus ...

Andreas Erdin (GLP, Wetzikon): Es gibt Forschungseinrichtungen ohne Ausbildungsauftrag. Deren Forschungsergebnisse werden dem akademischen Nachwuchs in anderen Institutionen vermittelt. Solche Forschungseinrichtungen sind natürlich auch von Bedeutung für den Kanton Zürich. Forschung ist genug wichtig, um im Richtplan explizit erwähnt zu sein im Kontext der Bildungspolitik. Deshalb bitten wir Sie um Unterstützung dieses Minderheitsantrags.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 85 : 84 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Minderheitsantrag 6.6 zuzustimmen.

6.7

Minderheitsantrag Edith Häusler, Martin Geilinger, Barbara Schaffner, Monika Spring, Thomas Wirth, Sabine Ziegler:

1. Absatz, 2. Satz, Neufassung

... und achtet bei der Standortplanung auf eine gute Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr und den Veloverkehr, auf die Einbettung ...

Res Marti (Grüne, Zürich): Dieser Antrag soll dem Kanton klar vorgeben, welche Verkehrsträger bei der Planung von Schulstandorten berücksichtigt werden. Es macht absolut keinen Sinn, dass für Mittelschulen berücksichtigt wird, ob ein Standort für den MIV (*Motorisierter Individualverkehr*) erschlossen ist. Wir sprechen hier über den Standort für Mittel- und Berufsschulen. An einer Mittelschule kann per Definition nur jede 25. Person mit dem Auto anreisen, nämlich der Lehrer oder die Lehrerin. Alle anderen dürfen noch gar nicht Auto fahren. Wer eine Schule plant, muss mit den Verkehrsmitteln planen, welche den Schülerinnen und Schülern überhaupt zur Verfügung stehen. Eine Mittelschule mit einem Autobahnanschluss ist etwa so sinnvoll wie ein Altersheim mit einer Skater-Anlage.

Roland Scheck (SVP, Zürich): Auch mit diesem Antrag versucht die Minderheit, ideologische Verkehrspolitik ins Kapitel «Öffentliche Bauten und Anlagen» hineinzubringen. Die Absicht hinter diesem Antrag ist, via Richtplan vorzuschreiben, mit welchen Verkehrsmitteln die Bildungs- und Forschungseinrichtungen bevorzugt zu erschliessen sind: mit dem ÖV und mit dem Velo. Die Formulierung des Antrags ist so gewählt, dass eine gute Erschliessung mit den übrigen Verkehrsarten, insbesondere mit dem Fussgängerverkehr und mit dem Auto- und Güterverkehr praktisch ausgeschlossen wird, und das kann ja nicht das Ziel sein. Nun, das Kapitel «Öffentliche Bauten und Anlagen» des Richtplans ist nicht dazu da, Verkehrsmittel gegenein-

ander auszuspielen. Deshalb empfehlen wir im Namen der bürgerlichen Parteien die Ablehnung dieses Antrags.

Roland Munz (SP, Zürich): Damit etwas vom öffentlichen Verkehr und vom Veloverkehr auch erschlossen werden kann, setzen wir voraus, was auch schon für den Bau eines Schulgebäudes gilt, nämlich dass es von einer Strasse erschlossen ist und daher sowieso für den MIV und den Güterverkehr erschlossen ist. Dass hingegen bei einer Bildungseinrichtung zusätzlich auch darauf geachtet soll, und zwar bereits bei der Standortwahl, dass nach Möglichkeit bereits eine Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr und den Veloverkehr vorhanden ist, erscheint uns sehr wichtig, gerade auch deshalb, weil wenn bei der Standortwahl auf diese Faktoren bereits geachtet wird, dann auch kein zusätzliches Land für den Neubau von Velo- und ÖV-Routen mehr benötigt wird. Hier können wir also einen Beitrag dazu leisten, dass bereits vorhandene Infrastrukturen des ÖV- und Veloverkehrs berücksichtigt werden sollen, um weniger Neubauten auch in diesem Bereich nötig zu machen. Ich bitte Sie darum dringend, diesem Antrag zuzustimmen. Danke.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 99 : 71 (bei 0 Enthaltungen), den Minderheitsantrag 6.7 abzulehnen.

6.8a

Antrag von Sabine Ziegler:

1. Absatz, 3. Satz, Neufassung

Der Kanton schafft zudem günstige Rahmenbedingungen ~~für die Ansiedlung internationaler Schulen sowie, vorzugsweise an Hochschulstandorten,~~ für Wohnprojekte und Campus für Studierende.

Mattea Meyer (SP, Winterthur): Ich werde gleich zu den Minderheitsanträgen 6.8a und 6.10 sprechen. Es ist ein wichtiges Zeichen, dass die Förderung von Wohnprojekten für Studierende im Richtplan festgelegt wird, indem günstige Rahmenbedingungen geschaffen werden sollen. Eine Förderung von Wohnraum für Studierende nimmt nicht nur Druck vom normalen Wohnungsmarkt und ermöglicht den

Studierenden eine bezahlbare Bleibe, sondern trägt massgeblich und längerfristig auch zu einem starken Bildungs- und Wirtschaftsstandort Zürich bei. Hingegen lehnt es die SP ab und hat deswegen auch diesen Minderheitsantrag gestellt, dass der Kanton Zürich zusätzlich günstige Rahmenbedingungen für die Ansiedlung internationaler Schulen schaffen soll. Es ist bereits im Volksschulgesetz verankert, dass der Kanton internationalen Schulen, deren Bestand für den Kanton einen besonderen Nutzen darstellt, weitreichend bei Neu- und Umbauten subventionieren kann. Eine weitergehende Unterstützung ist schlicht nicht verhältnismässig. Die SP spricht sich zudem für eine starke Volksschule aus. Viele Gemeinden bekunden immer wieder Probleme, genügend Schulräume und Platz für Schulraum zur Verfügung stellen zu können. Darauf sollte der Fokus sowohl auf kantonaler wie auch auf kommunaler Ebene liegen und nicht bei der Ansiedlung von Privatschulen. Ich bitte Sie, den Minderheitsantrag zu unterstützen.

Josef Wiederkehr (CVP, Dietikon): Auch ich spreche zu den Anträgen 6.8a und 6.10 gleichzeitig. Der Kampf um die Fachkräfte wird sich weiter zuspitzen. Für einen Wirtschaftskanton mit dermassen vielen internationalen Unternehmungen mit Angestellten aus der ganzen Welt ist eine Ergänzung zum klassischen Ausbildungssystem unumgänglich. Insbesondere dem Nachwuchs unserer fremdsprachigen Arbeitskräfte soll der Besuch einer internationalen Schule, wenn immer möglich, offenstehen. Für die meisten Kinder unserer internationalen qualifizierten Arbeitskräfte ist der Besuch einer internationalen Schule massgebend, ob sie sich für den Standort Schweiz entscheiden. Insbesondere hochqualifizierte Fachkräfte legen grossen Wert darauf, dass ihre Kinder Zugang zu solchen Einrichtungen haben. Als internationale Metropole ist es für Zürich wichtig, dass wir solche Institute fördern, indem wir gute Rahmenbedingungen schaffen, denn sie sind ein Schlüsselfaktor für die Attraktivität unseres Kantons. Aus diesem Grund werden wir beide Minderheitsanträge ablehnen.

Res Marti (Grüne, Zürich): Ich spreche hier auch gleich zu den Anträgen 6.8a und 6.10. Im Kanton Zürich gibt es bereits verschiedene internationale Schulen mit etwa 3400 Schülern und Schülerinnen. Diese Schulen sollen und dürfen existieren und haben auch ihre Existenzberechtigung. Aber es braucht nicht mehr internationale Schulen

in Zürich. Die internationalen Schulen sind nicht voll ausgelastet, sicher nicht mit Schülern und Schülerinnen von international mobilen Eltern, welche ja das offizielle Zielpublikum dieser Schulen sind. Die für die Standortförderung benötigten Plätze sind also vorhanden, es braucht keine weitere Forderung. Weder der Kanton noch die Gemeinden müssen hier noch etwas dazu leisten, damit diese Schulen bessere Rahmenbedingungen erhalten. Auf eine Standortförderung, welche dazu dient, möglichst viele Personen in die Schweiz zu locken, welche das Zürcher Schulsystem als zu schlecht für ihren Nachwuchs erachten, auf eine solche Standortförderung können wir verzichten. Auf nicht integrationswillige «Heuschrecken-Manager» können, nein, müssen wir verzichten. Die staatliche Förderung von internationalen Schulen ist heute schon nicht nötig und mit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative erst recht nicht mehr. Die Nachfrage ist eindeutig befriedigt. Der Kanton und die Gemeinden sollen ihre Energie dafür aufwenden, den Standort Zürich für alle Personen zu fördern und zum Beispiel die öffentlichen Schulen zu stärken. Der Standort Zürich soll attraktiv sein, auch für Personen, welche bereits hier wohnen oder zumindest gewillt sind, sich hier zu integrieren. Der bürgerliche Block findet es nicht nötig, dass in Wohnzonen der Lärm reduziert wird. Er findet es nicht nötig, dass die Freiräume und Grünräume geschützt werden. Sie finden es unnötig, das heute noch existierende Kulturland vor der Überbauung zu schützen, und sie möchten die Stadt Zürich durchlöchern wie einen Emmentaler Käse. Das alles soll nicht relevant sein für die Standortqualität des Kantons Zürich, aber Privatschulen für die wenigen international mobilen Eltern in diesem Kanton sind nun plötzlich zentral für die Standortqualität des Kantons Zürich. Wenn Sie wirklich etwas für den Standort Zürich machen wollen, dann haben Sie es leider in den letzten sechs Tagen verpasst. Verschwenden Sie hier nicht noch zusätzliche Ressourcen.

Andreas Erdin (GLP, Wetzikon): Auch ich spreche zu beiden Anträgen. Zuerst zu den Wohnprojekten und Campus für Studierende: Die Grünliberalen sind der Meinung, dass der Kanton Zürich günstige Rahmenbedingungen für Wohnprojekte und Campus für Studierende schaffen soll. Das bringt Vorteile auf verschiedenen Ebenen. Erstens: Die steigenden Studierendenzahlen üben Druck aus auf den Wohnungsmarkt, besonders auf die preisgünstigen Wohnungen, die ja

auch von Familien benötigt werden. Wohnprojekte für Studierende nehmen etwas weg von diesem Druck. Zweitens: Ein kurzer Arbeitsweg zur Hochschule ist vorteilhaft. So ermöglicht er den Besuch von Einzelveranstaltungen. Überdies wird mit nahe gelegenen Studentensiedlungen auch der Pendlerverkehr reduziert. Und drittens: Ein Hochschul-Campus hat eine besondere Atmosphäre. Diese fördert den Gedankenaustausch und die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Fachbereichen. Die Grünliberalen wollen sowohl Wohnprojekte als auch Campus im Richtplan verankern.

Und zur Ansiedlung internationaler Schulen: In unseren Augen ist es nicht Aufgabe des Kantons, hier günstige Rahmenbedingungen zu schaffen. Genauso wenig ist dies Aufgabe der Gemeinden. Kanton und Gemeinden sollen vielmehr ein gutes öffentliches Bildungsangebot gewährleisten. Somit ist dieser Eintrag in den Richtplan für internationale Schulen unnötig und ungerechtfertigt. Die Grünliberalen unterstützen den Antrag, die internationalen Schulen im Richtplan nicht explizit zu erwähnen.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Wer in die Zukunft investieren will, muss in die Bildung investieren. Und es gibt wohl kaum eine Investition, die so einen guten «Return-on-invest» bietet wie die Investition in Bildung. Wir unterstützen die Forderung, dass Wohnen und Freizeit nahe an die Hochschulen angebunden werden, das entspricht unserer Forderung nach kurzen Wegen. Was wir unnötig finden, ist eine explizite Erwähnung von internationalen Schulen. Die brauchen wir aus den schon aufgezählten Gründen nicht. Wir werden diesen Streichungsantrag deshalb unterstützen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 93 : 79 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), den Antrag 6.8a abzulehnen.

b) Gemeinden

6.9

Minderheitsantrag Thomas Wirth, Edith Häusler, Martin Geilinger, Barbara Schaffner:

1. Absatz, 1. Satz, Neufassung

Die Gemeinden erarbeiten in Abstimmung mit der Planung von Bildungseinrichtungen kommunale Freiraumkonzepte und sorgen in Zusammenarbeit mit anderen involvierten Stellen für eine ausreichende Versorgung mit Sportanlagen.

Die Gemeinden schaffen ...

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 126 : 45 (bei 0 Enthaltungen), den Minderheitsantrag 6.9 abzulehnen.

6.10

Minderheitsantrag Sabine Ziegler, Martin Geilinger, Edith Häusler, Barbara Schaffner, Monika Spring, Thomas Wirth:

2. Absatz, Streichung

... kommunale Freiraumkonzepte.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 93 : 78 (bei 0 Enthaltungen), den Minderheitsantrag 6.10 abzulehnen.

6.4 Gesundheit

Zu diesem Kapitel liegen keine Minderheitsanträge vor.

6.5 Kultur, Sport, Messe und Kongresswesen

6.5.1 Ziele

Zu diesem Unterkapitel liegen keine Minderheitsanträge vor.

6.5.2 Karteneinträge

Zu diesem Unterkapitel liegen keine Minderheitsanträge vor.

6.5.3 Massnahmen

c) Gemeinden

6.11

Minderheitsantrag Thomas Wirth, Edith Häusler, Martin Geilinger, Barbara Schaffner, Monika Spring, Sabine Ziegler:

1. Absatz, zusätzlicher Satz (1)

... Zielsetzungen gemäss Pt. 6.1. Sie sorgen für die Verbesserung der Anbindung bestehender Anlagen an den öffentlichen Verkehr und den Veloverkehr.

Andreas Wolf (Grüne, Dietikon): Hier geht es wieder einmal um die Verbesserung der Anbindung von Anlagen an den ÖV und Veloverkehr. Wir haben dieses Thema ja bei den Kapiteln 4.2 und 4.4 bereits zur Genüge diskutiert, ich möchte Sie aber nur nochmals an Leitlinie 2 im ROK (*Raumordnungskonzept*) erinnern, die Sie in der Zwischenzeit eigentlich auswendig kennen sollten. Sie heisst nämlich: «Die Entwicklung der Siedlungsstruktur» – und dazu gehören nun mal eben auch Veranstaltungsstadien – «ist schwerpunktmässig auf den ÖV auszurichten.» Ich bitte Sie, entsprechend den Zugang zu ÖV und Veloverkehr bei bestehenden Anlagen zu verbessern.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 100 : 70 (bei 0 Enthaltungen), den Minderheitsantrag 6.11 abzulehnen.

6.12

Minderheitsantrag Martin Geilinger, Edith Häusler, Monika Spring, Sabine Ziegler:

1. Absatz, zusätzlicher Satz (2)

... Zielsetzungen gemäss Pt. 6.1. Bei Veranstaltungs- und Sportstadien im Kanton Zürich werden Haltestellen für den Reisebusverkehr (Busvorfahrt) gewährleistet.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 90 : 77 (bei 0 Enthaltungen), den Minderheitsantrag 6.12 abzulehnen.

Ratspräsident Bruno Walliser: Also jetzt haben Sie eine wahnsinnige Effizienz vorgelegt – schön so gegen den Schluss (*Heiterkeit*).

6.6 Weitere öffentliche Dienstleistungen

Zu diesem Kapitel liegen keine Minderheitsanträge vor.

6.7 Grundlagen

Zu diesem Kapitel liegen keine Minderheitsanträge vor.

Ratspräsident Bruno Walliser: Wir kommen nun zum Erläuterungsbericht und zu den Einwendungen. Ihnen wurde der Erläuterungsbericht ausgeteilt. Wir gehen den Bericht Punkt für Punkt durch. Wenn Sie nicht einverstanden sind, können Sie sich melden und einen Änderungsantrag stellen. Am Schluss nehmen wir dann diesen korrigierten Erläuterungsbericht zur Kenntnis.

Detailberatung des Erläuterungsberichts zu den Einwendungen

122 Anpassung des Siedlungsgebiets

195 Streusiedlungsgebiet

4 Einwendungen zum Kapitel Verkehr

336 Anteil des öffentlichen Verkehrs erhöhen

347 Gestaltungsmaßnahmen zur Verbesserung der Siedlungsqualität

350 Stadttunnel Zürich bzw. Seetunnel Zürich

353 A1 Limmattal, Anschluss Dietlikon–Limmattaler Kreuz

356 Umfahrung Fällanden und Umfahrung Schwerzenbach

Keine Bemerkungen, so zur Kenntnis genommen.

363 Umfahrung Dielsdorf–Sünikon

Antrag von Robert Brunner:

363 Umfahrung Dielsdorf–Sünikon

~~*Die Umfahrung Dielsdorf–Sünikon wurde aus dem kantonalen Richtplan gestrichen, weil sich das Verhältnis von Kosten und Nutzen in einer inzwischen erfolgten Überprüfung als ungenügend erwiesen*~~

~~hatte. Der Bau der Umfahrungsstrasse hätte zudem insbesondere auf Gemeindegebiet von Steinmaur neue Belastungen verursacht. Die geplante Umfahrungsstrasse entlastet Dielsdorf und Sünikon sowie die Achse Riedt–Steinmaur vom Durchgangsverkehr. Sie ermöglicht damit eine siedlungsverträglichere Strassenraumgestaltung im Innerortsbereich und verbessert die Voraussetzungen für einen fahrlängerechten öffentlichen Busbetrieb während der Verkehrsspitzenzeiten (vgl. Pt. 4.2.2. Nr. XXX).~~

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur): Diese Begründung ist eine Provokation. Ich beantrage Ihnen die Begründung «Die geplante Umfahrungsstrasse entlastet Dielsdorf», der Rest ist einfach Blödsinn. Die Busbevorzugung wird mit der Lichtsignalanlage gemacht, die im kommenden Betriebskonzept installiert wird. Sünikon ist bereits umfahren. Die siedlungsverträgliche Strassenraumgestaltung auf der Achse «Sünikon–Riedt» hat letztes Jahr stattgefunden, sie ist bereits schon da. Ich bitte Sie, das zu kürzen. Sie wollen ja immer den Richtplan kürzen, kürzen Sie auch hier.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 87 : 83 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag von Robert Brunner zuzustimmen.

Ratspräsident Bruno Walliser: Sie haben der Änderung zugestimmt und nehmen nun 363 in der kurzen Fassung zur Kenntnis.

364 Realisierungshorizont geplanter Vorhaben anpassen

365 Streichung geplanter Vorhaben aus dem kantonalen Richtplan

371 Zuständigkeit für Massnahmen an Nationalstrassen

375 Velobahnen schaffen

378 Bevorzugung des strassengebundenen öffentlichen Verkehrs

386 Luftseilbahn Stettbach–Zoo Zürich

406 Stellenwert des Fuss- und Veloverkehrs

410 Massnahmen der Regionen

411 Anforderungen an verkehrsintensive Einrichtungen

412 Abgleichung mit der laufenden PBG-Revision

416 Weitere Standortfestlegungen

420 Belastung des Strassennetzes

433 Militärflugplatz Dübendorf

475 Bewilligungskriterien für die Ablagerung von unverschmutztem Aushub

479 Standortanforderungen für Anlagen mit Abwärme

501 Energetische Anforderungen für Neubaugebiete verschärfen

Keine Bemerkungen, so zur Kenntnis genommen.

Ratspräsident Bruno Walliser: Dann haben wir den Erläuterungsbericht miteinander – ich sage mal salopp – durchgelesen und zur Kenntnis genommen.

Bevor wir zur Elefantenrunde kommen, gebe ich zuerst das Wort dem Präsidenten der KEVU (*Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt*).

Ruedi Lais (SP, Wallisellen), Präsident der KEVU: Gestatten Sie mir ein kurzes Schlusswort zu der immensen Arbeit, die Sie alle geleistet haben. Die Richtplan-Vorlage hat ja nicht nur unsere beiden Kommissionen weit über das Mass hinaus gefordert, das man noch unter «Milizsystem» verstehen kann. Und als einer der wenigen, die noch im letzten Jahrhundert in den Kantonsrat eingetreten sind, kann ich Ihnen hier nur ein Kränzchen winden. Ich habe noch keine grosse Richtplan-Debatte – und das ist jetzt immerhin die vierte – erlebt, die so sachbezogen und so geduldig von denjenigen, die sich nicht primär für Richtplan-Debatten in den Kantonsrat wählen lassen, geführt worden ist. Dafür ganz herzlichen Dank vonseiten all der Spezialistinnen und Spezialisten in dieser Materie.

Es war von vornherein undenkbar für uns als Kommission, uns an Ort und Stelle ein Bild der räumlichen Konflikte zu machen, die der Richtplan regeln soll. Anhörungen von Gemeinden oder gar von anderen interessierten Gruppen konnten ebenfalls nur in wenigen Fällen eingeplant werden. Wir Kommissionspräsidenten – das haben wir den Medien schon an der Pressekonferenz erzählt – wagen die Prognose, dass dies die letzte Gesamtrevision des kantonalen Richtplans gewesen ist. Mit Sachplänen, Finanzierungsvorlagen und Agglomerations-

programmen greift der Bund immer mehr in die planerische Hoheit der Kantone ein, was das Verkehrsnetz betrifft. Hinzu kommen Volksinitiativen und parlamentarische Vorstösse während der rund zweier Jahre, welche seit dem Regierungsantrag vergangen sind. Deshalb kam es zu parallel geschalteten separaten Vorlagen, zu Sistierungen und zu fliegenden Änderungen, die direkt vom Regierungsrat in die Kommission eingebracht wurden. Die theoretisch wohldurchdachte Planungskaskade von Bund, Kantonen, Regionen und Gemeinden hält schlicht und einfach mit dem Tempo der Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung nicht Schritt. Das ist nicht einfach zu akzeptieren, aber wir dürfen nicht vergessen: Für die Bevölkerung ist nicht entscheidend, was wir in den Richtplan eintragen und worüber wir uns hier tagelang gestritten haben. Für die Bevölkerung findet Richtplanung in der Landschaft statt, am Bahnhof statt, an der Autobahnausfahrt statt. So wird unsere Arbeit schliesslich beurteilt und ich rufe deshalb alle, die irgendwo ein Exekutivamt haben, auf, sich für die Realisierung des Richtplans einzusetzen.

Zum Schluss danke ich im Namen der Kommission unserer Sekretärin Franziska Gasser – sie ist wie immer am Arbeiten – für die immense Arbeit, die sie notabene in beiden Kommissionen während anderthalb Jahren geleistet hat. KEVU und KPB (*Kommission für Planung und Bau*) tagen beide am Dienstag, deshalb kann man sich vorstellen, wie diese Dienstage für sie ausgesehen haben. Umgekehrt danke ich in ihrem Namen meinem Kollegen Pierre Dalcher und allen Kommissionsmitgliedern für die trotz weit auseinander gehender Meinungen immer sachliche und zielorientierte Zusammenarbeit. Vielen Dank an alle.

Ratspräsident Bruno Walliser: Jetzt kommen wir zur angekündigten Elefantenrunde. Diese Runde eröffnet standesgemäss der Fraktionspräsident der SVP, Jürg Trachsel. Die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen haben im Maximum zehn Minuten Redezeit.

Jürg Trachsel (SVP, Richterswil): Keine Angst, ich werde die zehn Minuten nicht ausnützen.

Eine gute Woche lang haben wir nun getagt und die verschiedenen Kapitel des kantonalzürcherischen Richtplans durchberaten. Ich kann es ja vorwegnehmen: Angesichts der aus unserer Sicht sehr vorsichti-

gen Vorlage des Regierungsrates sind wir mit den Resultaten zufrieden. Zusammen mit den bürgerlichen Partnern FDP, CVP, BDP und EDU hatten wir mit den wenigen bekannten Ausnahmen während des ganzen Prozesses die kompakte Oberhand. Der Richtplan hat demzufolge eine klar bürgerliche Handschrift und wir seitens der SVP werden ihm geschlossen zustimmen. Doch was heisst das nun, «bürgerliche Handschrift»? Wenn ich an die links-grünen-grünliberalen Voten von letzter Woche, aber auch an praktisch alle Presseberichte von vergangener Woche denke, könnten Herr und Frau Zürcher ausserhalb des Rathauses meinen, die Bürgerlichen hätten den Kanton mit Siedlungsgebieten zugepflastert, den ÖV aus dem Kanton verbannt und den Rest mit Deponien und Kiesgruben verschandelt. Dem ist aber nicht so und das wissen Sie auch. Fakt ist, dass bereits der, wie ich angedeutet habe, sehr vorsichtig und zurückhaltend abgefasste Entwurf 2012 des Regierungsrates eine Verkleinerung der Siedlungsfläche gegenüber dem Richtplan von 1995 um rund 130 Hektaren vorgesehen hat. Während der Debatte ist dann das Siedlungsgebiet ja nochmals um zwei Hektaren geschrumpft und Sie sehen, egal, wie man die Siedlungsflächen zusammenzählt: Das Siedlungsgebiet insgesamt hat mit diesem Richtplan 2014 abgenommen. Und wer uns heute oder auch in ein paar Wochen wiederholt vorwirft, wir seitens der Bürgerlichen nähmen die Kulturlandinitiative nicht ernst, erzählt schlicht und einfach Mumpitz.

Wir seitens der SVP wussten von Anfang an, dass wir uns – Kulturlandinitiative, Zweitwohnungsinitiative und Ähnliches mehr lassen grüssen – in einem relativ engen Korsett bewegen. Aber im Gegensatz zu den links-grünen Ideologen auf der Gegenseite haben die SVP und ihre bürgerlichen Partner versucht – und zu einem grossen Teil ist uns das ja auch gelungen –, innerhalb des erwähnt engen Korsetts den Gemeinden und Regionen den grösstmöglichen Spielraum, den grösstmöglichen Entwicklungsraum für die Zukunft zu verschaffen. Denn ein Richtplan, egal ob kommunal, regional oder vorliegend kantonal, ist nichts anderes als eine behördenverbindliche Absichtserklärung, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Wenn deshalb zum Beispiel während den Beratungen des Teilrichtplans «Siedlung» in der vergangenen Woche unter anderem von grüner Seite immer wieder von Zubetonierung, von Einzonung und Ähnlichem die Rede war, so ist das einfach kreuzfalsch. Edith Häusler mag mit der Erwähnung zum Beispiel von Feuchtgebieten im Sihlhof ein interessantes Buch

angesprochen haben, im Zusammenhang mit den Beratungen des doch recht trockenen Richtplans hat uns aber dieses polemische Votum auch nicht gross weitergebracht. Ab- oder eben aufgezont wird erst im Rahmen des für jede Gemeinde separat zu erarbeiteten Zonenplans. Wir seitens der Bürgerlichen wollten doch das Versenken der links-grün ideologisch gefärbten Minderheitsanträge verhindern, einfach verhindern, dass Denkverbote installiert werden. Wir wollten den Gemeinden und Regionen die Möglichkeit geben, sich zusammen mit der Bevölkerung – und nicht hier im Rathaus, sondern zusammen mit der Bevölkerung – weiterzuentwickeln. Wären Ihre Minderheitsanträge in ihrer Mehrheit durchgekommen, liebe Gegenseite im Rat, dann könnte zum Beispiel die Gemeinde Egg einen seit Jahren laufenden demokratischen Prozess hinsichtlich Ortsentwicklung einfach vergessen. Wädenswil, als anderes Beispiel, dürfte zum Beispiel mit der eigenen Bevölkerung nicht mehr diskutieren, ob nahe der Autobahn A3 ein Arbeitsgebiet «Neubühl» geschaffen werden könnte. Oder eben der bereits erwähnte Sihlhof in Langnau am Albis wäre auch für die nächsten 20 Jahre richtplanwidrig. Und der jungen Generation wäre schlicht und einfach jede unternehmerische Weiterentwicklung verbaut. Es waren die Bürgerlichen, welche in ihrer Mehrheit dafür geschaut haben, dass im Kanton Zürich sowohl in den Bereichen «Siedlung», «Landschaft», «Verkehr», «Ver- und Entsorgung», aber auch «Öffentliche Bauten und Anlagen» weiterhin Perspektiven für Kommunen und Regionen bestehen und keine eingleisigen Denkverbote installiert wurden. Es soll im Kanton Zürich auch weiterhin Stadt, Agglomeration und eben auch Land geben. Gemeinden sollen auf der vorliegenden Richtplan-Basis ihre eigenen Nutzungsplan-Präferenzen entwickeln können. Und mit Blick auf die kürzlich erlassene BZO (*Bau- und Zonenordnung*) der Stadt Zürich kann ich nur eine alte und satksam bekannte Weisheit zitieren: Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient.

Damit komme ich zum Schluss und dazu gehört zumindest auch, wenn es grossmehrheitlich gut herausgekommen ist, wie wir es gewollt haben, ein Dank. Ein grosses Dankeschön an alle bürgerlichen Ratsmitglieder, die dafür gesorgt haben, dass die Reihen geschlossen waren. Ein grosser Dank – und das ist ja recht selten von unserer Seite – geht aber auch an die Regierung und an die Verwaltung, speziell an den federführenden Baudirektor (*Regierungsrat Markus Kägi*). Sie haben einerseits die geltenden Rahmenbedingungen respektiert und

dennoch dafür gesorgt, dass in unserem Kanton auch weiterhin Entwicklungen stattfinden können. Der vorliegende Richtplan ist sicher nicht der spektakulärste Wurf, aber wie heisst es so schön? Politik ist die Kunst des Machbaren. Wir alle hier drinnen haben das Machbare gemacht. Stimmen Sie zusammen mit der SVP dem Richtplan 2014 zu. Die Bevölkerung in unserem Kanton wird es Ihnen allen danken.

Ratspräsident Bruno Walliser: Das Wort für die SP-Fraktion hat der neue Fraktionspräsident Markus Späth.

Markus Späth (SP, Feuerthalen): Elefantenrunde – was für ein passender Begriff in diesem Fall. Ich habe mich tatsächlich wie ein Elefant gefühlt in dieser Debatte: Sehr dicke Haut war nötig, aber auch ein Elefantengedächtnis, um den Überblick bei diesen 252 Minderheitsanträgen, über die wir abgestimmt haben, zu behalten. Es war ein zehntägiger Test in Frustrationstoleranz, den wir mit fast immer stoischer Ruhe und bemerkenswertem Durchhaltevermögen – ich denke – glänzend bestanden haben. Von den rund 250 Abstimmungen haben wir gefühlt 248 verloren. Tatsächlich waren wir aber 45-mal aufseiten der Gewinner, das sind 20 Prozent der Abstimmungen, das entspricht ganz genau unserem Wähleranteil, das ist keine schlechte Bilanz. Natürlich ist das nicht ganz ernst zu nehmen, es geht vor allem um die qualitative Wertung, dazu später.

Wie lässt sich nun diese Debatte politisch einordnen? Die bürgerliche Einheitspartei aus SVP, FDP, CVP, BDP hat praktisch alle Minderheitsanträge abgelehnt. Das ist selbstverständlich ihr gutes politisches Recht. Bedenklich für uns ist aber, wie undifferenziert und wie geschlossen diese Mehrheit selbst schamlose Lobbyanträge aus ihren Reihen durchgewinkt hat, selbst dann, wenn sie den Grundsätzen des ROK widersprechen, selbst dann, wenn klar gültige Gesetze verletzt und Volksentscheiden ins Gesicht geschlagen wird. Zur SVP, sie hat die erwartete Rolle gespielt: Sie setzen auf unbegrenztes Wachstum des Motorisierten Individualverkehrs, Sie nehmen den Fuss- und Veloverkehr nicht wirklich ernst, Sie haben damit die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Die SVP hat sich als das entlarvt, was sie eigentlich schon immer war: keine Volkspartei, sondern die alte BGB (*Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei*), historisch bekannt für ihre gnadenlose Interessenpolitik. In Zweifelsfall ist ihr Hose – und damit Portemon-

naie – näher als das Hemd. Sprich: Das Gewerbe und der Land verkaufende Bauer sind ihr wichtiger als der produzierende Bauer. Sie missachtet Volksentscheide, wenn es um die eigenen kleinlichen Interessen geht. Die Kulturlandinitiative und der Moorschutz sind ihr offenbar egal. Wir werden Sie, meine Damen und Herren, bei Gelegenheit, dann, wenn Sie wieder einmal eine wörtliche Umsetzung Ihrer eigenen Initiativen einfordern, daran erinnern. Die SVP hat im Zusammenhang mit der Abstimmung vom 9. Februar 2014 mit dem «Dichtestress» – ich zitiere – argumentiert und die Einwanderung als Sündenbock präsentiert. Tatsächlich ist sie selbst die Ursache von Zersiedelung, unbegrenztem Strassenbau und rein quantitativem Wachstum. Die SVP ist das Problem, nicht die Lösung. Die FDP hat sich als braver Juniorpartner des grossen rechten Bruders entlarvt, des grossen Bruders, für dessen Liebe sie fast alles gibt, sogar den Innovationspark in Dübendorf bereit ist zu opfern. Viel mehr ist zu ihr nicht zu sagen, sie ging im bürgerlichen Einheitsbrei unter. Eine besonders unrühmliche Rolle haben CVP und BDP gespielt. Sie waren in der Richtplan-Debatte nur als Wurmfortsatz der SVP präsent (*Heiterkeit*). Von wenigen Ausnahmen abgesehen, gilt das auch für die EDU. Der Wurmfortsatz ist beim Menschen ein entwicklungsphysiologisches Relikt, als blosses Anhängsel drohen die kleinen bürgerlichen Mitteparteien zum polithistorischen Relikt zu werden. BDP und CVP sind auf bestem Weg zumindest in dieser Richtplan-Debatte in diese Richtung. Man kann sich auch selber überflüssig machen. Bemerkenswert selbstständig und mit interessanten Voten hat sich dagegen die EVP profiliert. Sie hat gezeigt, was eigenständige Politik bedeuten könnte.

Kommen wir jetzt aber zur inhaltlichen Bilanz: Auf der positiven Seite gibt es doch einiges zu verbuchen. Die Grundrichtung des Richtplans stimmt, vor allem das Raumordnungskonzept ist modern und zukunftsgerichtet, erwähnenswert vor allem die 80 Prozent des Wachstums, die in urbanen Zentren zu erfolgen haben. Das Wachstum entlang der ÖV-Achsen ist ein gutes Rezept gegen die Zersiedelung. Positiv auch das Landwirtschaftskapitel mit einer klaren Trennung von Siedlungs- und Landschaftsräumen. Wachstum und Dynamik sind erwünscht, aber nicht überall. In klar definierten Räumen haben sie zugunsten von Fauna und Flora zurückzustehen. Das Siedlungsgebiet – und da decken sich unsere Wahrnehmungen mit dem, was Jürg Trachsel gesagt hat – wurde insgesamt um 0,4 Prozent ver-

kleinert. Ausweitungen wurden meist nur dort zugestanden, wo Gemeinden auch bereit waren, Auszonungen zu akzeptieren. Das müssen uns andere Kantone tatsächlich erst noch nachmachen. Der Grundsatz der Verdichtung konnte konkretisiert werden, der preisgünstige Wohnungsbau wurde im Richtplan verankert, positive Punkte. Der Fuss- und Veloverkehr wurde ein wenig aufgewertet, längst nicht so viel, wie es seiner Bedeutung entsprechen würde, aber immerhin, die Richtung stimmt.

Ich komme nun zur negativen Seite der Bilanz. Der Entscheid beim Modalsplit ist bedauerlich. Der Verkehrszuwachs soll nur zu mindestens 50 Prozent durch den ÖV getragen werden, das ist mutlos. Der höchst bescheidene Kompromiss von 60 Prozent ist sogar gescheitert. Wir liegen heute schon bei 54 Prozent. Wir haben eine neue Weichenstellung verpasst, wir fahren auf den alten Strassen – Strassen, nicht Geleisen – Richtung Verkehrskollaps und Kulturland-Verschleuderung. Zum Verkehrskapitel: Viel, was Richtiges in den Grundsätzen steht, wurde hier wieder infrage gestellt. Die bürgerliche Einheitspartei setzt unbedenklich die gescheiterte Verkehrspolitik des letzten Jahrhunderts fort. Leitgedanke scheint zu sein «in dubio pro motore» (*Heiterkeit*), ohne Rücksicht auf Verluste, die alte Maulwurfstrategie. Die vielen farbigen Striche, die wir in der Richtplan-Karte gezogen haben, auch gestrichelte, sind ja aber zum Glück nicht ganz ernst zu nehmen, sie gehören ins Kapitel «Farce». Sie sind nicht finanzierbar, sie sind nicht bewilligungsfähig, sie widersprechen teilweise der Bundesgesetzgebung, Stichwort «Strassen in Moor- und Naturschutzgebieten». Sie schlagen zudem in einigen Fällen dem Volkswillen mutwillig ins Gesicht. Kulturland ist zu schützen, dieses Bauprogramm würde Hunderte von Hektaren Kulturland opfern.

Den Vogel abgeschossen hat der nachträglich eingereichte Antrag zu Dübendorf. Er fällt der Regierung in den Rücken, steht klar gegen die Absichten der betroffenen Gemeinden. Carmen Walker Späh und die FDP haben «Trojanisches Pferd» im Innovationspark gespielt und lassen sich mit ihrem Nacht-und-Nebel-Antrag vor den Karren der nostalgischen VBS-Flugplatz-Lobbyisten (*Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport*) spannen. Wer den Fünfer und das Weggli will, könnte angesichts der harten Konkurrenz um den Innovationspark am Schluss mit ganz leeren Händen dastehen, ohne Flugverkehr, ohne ernsthaften und seriösen Flughafenbetreiber, aber auch ohne Innovationspark. Wer schon investiert an

einem Ort mit einem jahrzehntelangen SIL-Verfahren (*Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt*), das noch offen ist? Noch schlimmer, wir nehmen mit diesem Entscheid in Kauf, dass Dübendorf und die ganze Region für Jahre in ihrer Entwicklung gebremst werden, notabene mit dem Stichtscheid des Präsidenten, dem eine ganz grosse Anerkennung für seine souveräne Sitzungsführung gebührt. Aber hier war sein Stichtscheid tatsächlich ein Stich ins Herz seiner eigenen Gemeinde.

Ich komme zum Schluss. Wir haben versucht, den Richtplan mit gezielten eigenen Anträgen im Sinne einer zukunfts- und umweltverträglichen Zukunft zu verbessern. Viele Anträge der Grünen haben wir mitgetragen. Die Verbesserungen waren nicht mehrheitsfähig. Andererseits: Es gab am Ausgangspunkt einen sehr brauchbaren Entwurf der Regierung. Er hat die Debatte nicht ganz ohne Abstriche, aber im Kern unbeschadet überstanden. Für die gute und seriöse Vorarbeit danken wir der Regierung, dem zuständigen Baudirektor (*Regierungsrat Markus Kägi*) und seinen Mitarbeitern ganz herzlich. Einige besonders unsinnige Verschlechterungen durch SVP-Anträge konnten wir abwenden. Die Mehrheit unserer Fraktion schluckt deshalb ihren Unmut über die fehlende Bereitschaft der bürgerlichen Seite zum Kompromiss und die destruktive Machtdemonstration herunter und wird zustimmen. Für eine Minderheit schlug Dübendorf dem Fass den Boden aus, sie wird ablehnen.

Carmen Walker Späh (FDP, Zürich): Erlauben Sie mir gleich zu Beginn meines Votums zu danken. Ich möchte im Namen der Fraktion all denen danken, die an diesem Richtplan mitgewirkt haben. Sie haben einen gewaltigen Effort geleistet. Ganz besonders danken möchte ich aber an dieser Stelle der Verwaltung für die hervorragende Präsentation der Anträge und die Unterstützung des Parlaments nicht erst in der Debatte, sondern schon seit Beginn der Beratungen in den Kommissionen. Wir alle haben einen Antrags-Marathon hinter uns und der eine oder andere mag versucht sein, die Zuständigkeit des Parlaments mit Blick auf das Milizsystem zu hinterfragen. Die Debatte hat jedoch klar aufgezeigt, dass Richtplanung ein Vorgang von nicht zu unterschätzender politischer Relevanz ist. Und es ist gut und richtig, dass diese Diskussion nicht im regierungsrätlichen Sitzungszimmer stattfindet, sondern hier im Plenum. So kann der Richtplan die demokratische Legitimation für sich in Anspruch nehmen, die sei-

ner Bedeutung gerecht wird. Allerdings haben nicht alle Anträge die Flughöhe eines kantonalen Richtplans gewahrt. Nach eineinhalb Jahren Beratungen in den Kommissionen hätte man streckenweise mehr erwartet als die blossе Wiederholung der Kommissionssitzungen mit absehbarem Abstimmungsergebnis. Die FDP ist froh, dass auch die Anträge mit neuen, unbestimmten und erklärungsbedürftigen Zusätzen, wie Klimawandel, ökologischer Fussabdruck oder die von der GLP geforderten «No-Go-Gebiete» keine Aufnahme in den Richtplan fanden. Solche No-Go-Gebiete entbehren nicht nur jeglicher raumplanerischer Fachlichkeit, sondern sie sind auch inhaltlich ein No-Go. Bemerkenswert war für die FDP, dass die GLP mit wenigen Ausnahmen konsequent mit der Linken stimmte. Das Liberale hat man seitens der FDP in der Debatte leider vergeblich gesucht.

Erfreulich und hervorzuheben ist die gute organisatorische, aber auch inhaltliche Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien. Ihr, dieser Zusammenarbeit, ist es zu verdanken, dass wir heute überhaupt zu einem Abschluss kommen und nicht mitten in der Debatte stehen, wie wenn es nach Ihrem Sinn gegangen wäre. Dass wir ein Wurmfortsatz sein sollen, dazu muss ich sagen: Immerhin hat er gute und ganze Arbeit geleistet. Und ich muss sagen, Markus Späth, wir schreiben sie deinem Dichtestress beim ersten grossen Auftritt als Fraktionspräsident zu, deine etwas überschäumenden Worte und letztlich auch Beleidigungen. Ja, «Wurmfortsatz», ich glaube nicht, dass dies das Niveau dieses Parlaments sein sollte.

Unser Ziel war es, dass beim Kapitel «Verkehr» die Minderheiten wieder zu Mehrheiten werden. Das haben wir erreicht. Beim Thema «Verkehrsintensive Anlagen» begrüssen wir es, dass der von den Bundesämtern für Umwelt und Raumentwicklung im April 2013 vollzogene Paradigma-Wechsel auch für den Kanton nun gilt. Das neue ROK definiert erstmals mit Blick auf den Verdichtungsraum und die Landschaft die Stärken und Schwächen der einzelnen Mobilitätsformen. Leider verharrte die Linke immer noch in ihren verkehrspolitischen Schützengräben. Der Glaube an den technologischen Fortschritt und die Innovationskraft der Wirtschaft scheint Ihnen abhanden zu kommen. Und was bei den Gebäudesanierungen mit Blick auf die neuen erneuerbaren Technologien von Ihnen laut propagiert wird, darf offenbar aus ideologischen Gründen beim Verkehr nicht der Fall sein. Die FDP ist auch zufrieden mit dem Debattenverlauf, weil die Prinzipien der Planbeständigkeit und der Rechtssicherheit mit der

Übernahme der Teilrichtplanverfahren 2007 und 2009 respektiert wurden. Beim Innovationspark Dübendorf ist leider vor lauter Fluglärm-Diskussion der erstmals in diesem Rat zum Ausdruck gebrachte gemeinsame Wille aller Fraktionen – aller Fraktionen! – für den Innovationspark in Dübendorf völlig untergegangen. Und lieber Herr Baudirektor (*Regierungsrat Markus Kägi*), dieses Bekenntnis über alle Parteien hinweg zum Innovationsstandort Dübendorf, dieses Bekenntnis müssen Sie nach Bern tragen. (*Zwischenruf von Regierungsrat Markus Kägi: «Mach ich auch.»*) Danke. Die links-grüne Aufregung um die Aviatik verstehen wir deshalb nicht wirklich. Immerhin sagte ja auch der Kantonsplaner an der Medienkonferenz vor genau einer Woche, dass der Kanton in zwei Szenarien planen werde, nämlich mit und ohne eine weitere zivil-aviatische Nutzung. Wer sich aber gleich zu Beginn der Planung dezidiert für eine Beerdigung aller aviatischen Pläne ausspricht, der pokert unseres Erachtens hoch. Und ich frage Sie: Wie soll bloss Innovatives entstehen, wenn man nicht bereit ist, der Innovation Raum zu geben. Wie gesagt, Denkverbote waren noch nie innovativ.

Die Grünen haben sich viel Mühe gemacht, uns zu unterstellen, wir würden die Kulturlandinitiative nicht ernst nehmen. Sicher darf man anerkennen, dass die Kulturlandinitiative geholfen hat, den Wunschkatalog vieler Gemeinden auf die Vorlage der Regierung zu reduzieren. Gemäss Auskunft der Verwaltung – das ist sehr aktuell und wurde mir von Herrn Sacha Peter (*Leiter Abteilung Raumplanung*) mitgeteilt – hat der Regierungsrat das Siedlungsgebiet damals auf 29'920 Hektaren festgelegt. Das war die Vorlage. Und nach Abschluss dieser Beratungen heute beträgt es 29'918 Hektaren, also sogar noch weniger als vor dieser Debatte. Die Umsetzungsvorlage der Grünen beziehungsweise des Regierungsrates für die Umsetzung der Volksinitiative ist daher unseres Erachtens nicht mehr erforderlich, zumal beim Bauen ausserhalb der Bauzonen ohnehin das Bundesrecht gilt.

Wenn wir heute dem Richtplan zustimmen, dann beginnt die Arbeit erst recht. «Verdichtung» heisst das Zauberwort für die Zukunft. Doch die Zielkonflikte sind vorprogrammiert und werden noch für Diskussionsstoff und wohl auch für eine Portion Dichtestress bei anderen als bei Markus Späth sorgen. Es wird wohl ähnlich sein wie beim Atomausstieg. Zuerst wird er allgemein bejubelt. Wenn es dann aber darum geht, den Sondermüll für die nächsten Generationen zu entsorgen, dann lässt Sankt Florian grüssen. Bei der Diskussion um

ein Endlager im Kanton Zürich haben wir dies hier im Rat ja erleben müssen. «Lieber nicht bei mir», wird wohl auch beim Thema «Verdichtung» zu hören sein, die BZO Zürich lässt grüssen. Raumplanung ist eben erst dann sichtbar, wenn die Bauprofile vor der Haustür ausgesteckt sind. Und da sind Zielkonflikte auszuhalten, zum Beispiel zwischen Verdichtung und Denkmalschutz oder Verdichtung und Grünraumerhalt. Eine Revision des PBG (*Planungs- und Baugesetz*) wird unumgänglich sein. Es ist heute nämlich einfacher, einen Neubau auf der grünen Wiese zu bauen als eine Aufstockung im bebauten Gebiet.

Die FDP-Fraktion wird dem Richtplan aus Überzeugung geschlossen zustimmen. Der Kanton Zürich wird als erster Kanton über einen Raumplanungsgesetz-konformen Richtplan verfügen, wie wir das genau vor einem Jahr in der nationalen Abstimmung bejaht haben. Darauf darf der Kanton Zürich zu Recht stolz sein. Ich danke nochmals allen und bitte Sie um Zustimmung. Besten Dank.

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur): Am 17. Juni 2012 haben 54,53 Prozent der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Kulturlandinitiative der Grünen zugestimmt. Diese Volksinitiative wurde ganz bewusst im Hinblick auf die bevorstehende Richtplan-Revision lanciert. Die bürgerliche Einheitspartei hat es mit ihrer Speerspitze, dem Bauunternehmer Josef Wiederkehr als Repräsentant der vielfältigen monetären Eigeninteressen, und der Choreografie von PR-Berater Martin Arnold geschafft, dass diese Mehrheit der Stimmberechtigten mit dieser Richtplan-Revision geprellt wurde. Der Präsident des Zürcher Bauernverbandes (*Hans Frei, SVP, Regensdorf*) hat tapfer zu erklären versucht, wieso es halt doch nötig sei, 27 neue Zonen mit der Qualität von Fruchtfolgeflächen der Überbauung zu opfern. Wir haben im Kapitel «Siedlung» 26 Gründe, um eine Durchsetzungsinitiative der Kulturlandinitiative zu starten. Die weiteren Gründe finden sich im Kapitel «Verkehr». Ich denke da an die Umfahrung an der Kantonsgrenze in Dietikon, welche dort den «Fondli-Hof» plattmachen würde. Ich denke da aber natürlich auch an die Umfahrung Dielsdorf, wo Sie gegen 20 Hektaren teilweise noch von Hand drainiertes Land dem Strassenverkehr opfern wollen. Ich denke an die vielen anderen Bauernbetriebe, welche Sie dem Strassenbau opfern wollen und deren Verlust zulasten der Biodiversität Sie ausgleichen möchten. Als ob es so viele Naturflächen noch hätte. Ich danke hier den wenigen Kantonsrätinnen

und Kantonsräten aus der bürgerlichen Einheitspartei, die sich von Josef Wiederkehr und Martin Arnold nicht gänzlich gleichschalten liessen. Wir wussten lange im Voraus, wie und wie lange diese Debatte stattfinden würde. Und zumindest bei den Grünen war es möglich, lückenlose Präsenz zu zeigen. Meiner Fraktion und all den Kantonsrätinnen und Kantonsräten auf unserer Seite, welche sich der Bedeutung eines Richtplans bewusst sind und Verantwortung durch Präsenz zeigten, gilt mein Respekt.

Nach dem Richtplan ist vor dem Richtplan. Wir werden es in Zukunft nicht leichter haben, den Kampf in den Gemeinden, Planungsregionen und bei Abstimmungsvorlagen zu führen. Was aber auch klar wurde: Ein Dialog mit der Einheitspartei kann nur stattfinden, wenn man gewillt ist, miteinander zu reden. Bei der Umsetzung in den Gemeinden und der Region können Sie sich nicht mehr mit Selbstgesprächen begnügen. Wir haben noch eine Vorlage vor uns, den Richtplan zum Flughafen. Wir sind gespannt, ob diese Gleichschaltung standhält. Die Zustimmung zum kurzfristig eingereichten Antrag zum Militärflugplatz Dübendorf lässt da wenig Hoffnung zu. Sie haben damit nicht nur den ersten Sargnagel für den Innovationspark eingeschlagen. Als ob es dort die tollkühnen Forscher in ihren fliegenden Kisten geben würde oder als ob das dort mit einem Zeppelin stattfinden sollte. Sie haben dem Bundesamt für Zivilluftfahrt eine Steilvorlage geliefert. Ihre Position ist klar: Der Bund soll machen, was er will. Das heisst in der Konsequenz dann aber auch Südstarts. Soll der Bund doch machen, was er will im Sachplan-Verfahren. Hier hat die bürgerliche Einheitspartei Übermut gezeigt, der sich noch bitter rächen kann. Das Beispiel «Sihlhof» zeigt, dass belohnt wird, wer über gute Beziehungen verfügt und sich um die kantonale Richtplanung mit all ihren Zielsetzungen foutiert. Sie loben sich für all die schönen Sätze im neuen Kapitel «Raumordnungskonzept» und vergessen diese, sobald sie umgesetzt werden sollen. Wir warten jetzt noch ab, was bei der Umsetzungsvorlage der Kulturlandinitiative beschlossen wird. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse in diesem Rat ist das Resultat absehbar. Unsere Vorbereitungsarbeiten für die Kulturlandinitiative II haben wir auf alle Fälle gemacht.

Die Grünen sind mit dem Ziel angetreten, die Kapitel «Siedlung» und «Verkehr» nachzubessern, das Gegenteil ist passiert. Sie haben mit dem Entscheid zum Sihlhof und den grossflächigen Einzonungen in der Kulturlandschaft «Weinland» gezeigt, dass Sie auch in Zukunft

ignorieren werden, was im Raumordnungskonzept steht. Der nächste grosse Landfresser, der Flughafen, steht am nächsten Montag zur Debatte. Und hier noch etwas an die Adresse des Präsidenten des Zürcher Bauernverbandes: Bei der kommenden Vorlage zum Flughafen konnten wir uns für einmal etwas besser verständigen. Wenn Sie sehen, was mit Ihren Anträgen im Richtplan passiert ist, dann müssen Sie feststellen, dass Ihre Erfolgsquote noch viel lausiger ist als unsere. Das müsste in Ihre Analyse einfließen. Von unserer Seite sind wir offen für eine Zusammenarbeit, aber nicht auf Kosten der Biodiversität. Sie werden sich nach meinen Ausführungen nicht wundern, dass meine Fraktion in der Schlussabstimmung Nein stimmen wird.

Benno Scherrer Moser (GLP, Uster): Mit dem Raumordnungskonzept wurde ein gutes neues Instrument eingeführt, das wir Grünliberale gerne noch etwas grüner gemacht hätten. In den letzten Kantonsrats-sitzungen wurden aber zu viele Chancen verpasst, eine zukunftsgerichtete Richtplanung auch konkret zu verankern. Dass uns dies nicht geglückt ist, bedauern wir sehr. Wir hätten uns gewünscht, dass die Minimalziele, auf die wir uns im ROK geeinigt haben, in den folgenden Kapiteln ihren Widerhall gefunden hätten. Nun haben wir einen Sonntags-Richtplan für die Sonntagsreden – das ROK, das wirklich vorbildlich ist – und wir haben einen missglückten Werktags-Richtplan, der in der Alltagspolitik Einzug finden wird. Für uns Grünliberale stand eine konsequente Ausrichtung auf die Ziele des Raumordnungskonzeptes – eine nachhaltige Siedlungsentwicklung und mehr Raum für Menschen, Pflanzen und Tiere – im Zentrum der Beratungen. Wir haben deshalb Anträge eingereicht, damit der Richtplan nicht nur zukunftsfähig sein will, sondern auch zukunftsfähig ist mit einer zentrumsnahen Siedlungsentwicklung und einer verstärkten Ausrichtung auf den öffentlichen Verkehr und auf den Langsamverkehr. Jetzt müssen wir enttäuscht feststellen, dass für die Umsetzung dieses Grundsatzes wirksame Massnahmen fehlen. Statt klaren überprüfbaren Vorgaben und kritischen Instrumenten, welche die zukünftige Entwicklung tatsächlich auf zentrumsnahe Gebiete lenken würden, werden an peripheren Lagen im Kanton zusätzliche Siedlungsgebiete mit hohem Zersiedelungsfaktor gewährt, und dies erst noch auf bestem Ackerland. Wir wollten die Produktionsgrundlage der Zürcher Landwirtschaft besser schützen, die Bauernvertreter nicht. Und auch die Gemeindepräsidenten wollten die Aufträge der Bauin-

dustrie absichern, dies leider erfolgreich auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger, die in mehreren Abstimmungen das Gegenteil wünschten, und auf Kosten der Natur und damit auch auf Kosten der nicht wiederbringbaren Standortattraktivität. Bedenken Sie, entgegen der Wahrnehmung hat der Kanton Zürich nicht zu wenige Bauzonen. Bei gleichbleibendem Verbrauch in den letzten fünf Jahren würden die unüberbauten Bauzonen noch für 22 Jahre reichen, die ganzen Reserven in den überbauten Bauzonen noch gar nicht eingerechnet. Eigentlich widersprechen also alle zusätzlichen Siedlungsgebiete unserem Planungs- und Baugesetz, das sagt, dass das Siedlungsgebiet die Gebiete bezeichnen soll, die in den nächsten 20 bis 25 Jahren erschlossen und überbaut werden sollen. Dennoch gänzlich darauf zu verzichten, neues Siedlungsgebiet auszuscheiden, wäre natürlich ein Fehler gewesen. Denn wiederum mit dem Raumordnungskonzept bestimmten wir, dass wir die Entwicklung in den Stadt- und urbanen Wohnlandschaften konzentriert haben wollten. Entsprechend müssen wir dort auch Raum zur Verfügung stellen, Raum für die weitere Entwicklung und Raum für eine optimierte Anordnung der bestehenden Bauzonen. Und genau dort haben auch wir Grünliberale einer Weiterentwicklung zugestimmt, ich erinnere ans «Eschenbühl» in Uster. Aber nochmals: Es gibt zu viele Aber. Fakten wurden einfach ignoriert. Die sogenannten Bauernvertreter haben es unterlassen, weitere Flächen für die Landwirtschaft zu sichern. Sie stimmten zu, dass beste Fruchtfolgeflächen überbaut werden können, obwohl ausreichend Reserven vorhanden gewesen wären und obwohl es ja das Ziel der Masseneinwanderungsinitiative gewesen sein soll, dass der Verbrauch im Vergleich zu heute heruntergehen sollte. Die FDP hat aktiv verhindert, dass das stärkste Instrument zur Förderung der inneren Verdichtung greift, nämlich die Knappheit von Bauland. Den Wunsch jeder Gemeinde nach zusätzlichem Siedlungsgebiet, so er denn gestellt wurde, hat sie erfüllt. Damit hat sie ihr grünes Mäntelchen bis zu den nächsten Wahlen definitiv wieder abgezogen. Während EDU, EVP und BDP zumindest gelegentlich zeigten, dass sie sich mit den neuen Siedlungsgebieten und der Notwendigkeit ihrer Eintragung auseinandergesetzt haben, hat sich die CVP erfolgreich darum bemüht, ihr sozial-liberales Profil abzustreifen und hat sich als Vorreiter einer Allianz für mehr Landverschleiss in die Bresche geschlagen, was wir ausserordentlich bedauern.

Im Verkehr wurde es noch schwieriger, Mehrheiten für zukunftstaugliche Ideen zu finden. Der einzige Lichtblick ist hier die Streichung der Umfahrung Fällanden. Aber sonst wurde eine gemäss fragwürdiger Selbstdeklaration «ideologiefreie Verkehrspolitik» betrieben. «Ideologiefrei» heisst offensichtlich «einseitige Förderung des Autos» und für Sie scheinen Strassen und Verkehr Selbstzweck zu sein. Dabei ist doch längstens bewiesen, dass zusätzliche Verkehrskapazitäten zusätzlichen Verkehr erzeugen und es keinen Metropolitanraum auf diesem Planeten gibt, der seine Verkehrsprobleme mit dem Ausbau des Strassennetzes in den Griff bekommen hat. Oder belegen Sie mir hier jetzt endlich einmal das Gegenteil, ich warte da nämlich immer noch auf Antworten und meine Kolleginnen und Kollegen mit mir. Dafür wurde dann das Potenzial von E-Bikes zum Beispiel als neuer Form der Mobilität völlig verkannt und, wo überall möglich, aus dem Richtplan-Text wieder verbannt. Dabei könnten solche E-Bikes die entscheidenden Prozente des Verkehrszuwachses auffangen. Wir alle wissen, dass die Zuführung von weiteren Autos in die Stadt nur zu mehr Staus auf den engen Verkehrsflächen führen wird. Das einzig Beruhigende bei all den geplanten Löchern im Kanton Zürich liegt darin, dass sie noch kein Preisetikett dran haben. Denn sobald das Preisschild dran ist, wird die Realisierung wohl gestoppt werden und werden sich diese Tunnels wohl zu Planungsleichen entwickeln. Das Vorgehen beim ominösen Seebeckentunnel erinnert an den im Jahr 2007 unnötigerweise eingefügten Passus der Nordumfahrung. Auch das wurde ohne Bedarf und ohne Antrag der Verwaltung eingefügt. Und diese Äussere Nordumfahrung, die wir bestätigt haben – leider – wird die Zersiedelung in den dünn besiedelten Gebieten des Zürcher Unterlands anheizen und Mehrverkehr auf der Ost-West-Achse anziehen.

Seltsam war die Haltung von Ihnen auf der anderen Seite auch beim Flugplatz Dübendorf. Im Richtplan legen wir doch Ziele fest und formulieren Wünsche und Forderungen an den Bund. Und es liegt ja schon in der Natur der Sache, dass nicht alles erfüllt werden kann. Aber dass wir plötzlich keine Haltung mehr an den Tag legen und sagen «Macht doch, was ihr wollt, es ist uns egal», das kann nicht im Sinne der Zürcher Bevölkerung sein. «Fliegen oder nicht fliegen ist egal, Bern soll entscheiden», Bern wird sich über die von Ihnen freiwillig abgegebene Kompetenz freuen.

Der von Regierung und Verwaltung vorgelegte Richtplan hat mit der Debatte im Kantonsrat also nichts gewonnen, aber viel verloren. Und unsere Kritik richtet sich explizit nicht gegen die Regierung und gegen die Verwaltung, sondern sie richtet sich an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen auf der anderen Ratsseite. Die Einheit dieser bürgerlichen Allianz war zwar effizient, aber kein inhaltlicher Gewinn. Vielmehr erscheint es uns, dass Sie damit den Unwillen oder die Unfähigkeit versteckt haben, sich vertieft mit den Fragen der Raumplanung auseinanderzusetzen, eine Haltung, die bereits in der Kommission feststellbar war. Statt selber zu denken, wurde gerade uns, die wir den Richtplan intensiv studiert haben, immer wieder vorgeworfen, wir würden Denkverbote aussprechen. Im Gegenteil: Wir wehren uns dagegen, wir haben intensiv darüber nachgedacht, auch in die Zukunft gedacht. Sie waren dazu nicht bereit. In der Schlussbetrachtung muss man sagen, dass ein zukunftsweisendes ROK in den folgenden Kapiteln konterkarikiert wurde. Anstatt zu konkretisieren, wurde verwässert, ja, es wurden Gebiete freigegeben, die den Kriterien des ROK bei Weitem nicht entsprechen. Uns beschleicht das ungute Gefühl, dass das ROK mit der Definition unterschiedlicher Räume nicht gelesen oder nicht verstanden wurde, und, wenn es verstanden wurde, man nicht bereit war, dieses gute Konzept auch wirklich umzusetzen. In diesem Sinne lehnen wir den Richtplan ab. Und es macht uns schon etwas nachdenklich, wenn die SVP diesen Richtplan plötzlich hoch lobt. So können wir dem Richtplan nicht zustimmen. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Philipp Kutter (CVP, Wädenswil): Die Gesamtüberprüfung des Richtplans ist tatsächlich eine wichtige Aufgabe. Wir legen damit den Grundstein für die Entwicklung unseres Kantons für die nächsten 20 bis 30 Jahre. Und es ist unvermeidlich, dass in dieser Diskussion sehr unterschiedliche Nutzungsansprüche an die Siedlung, an die Landschaft, an den Naturschutz, an den Verkehr aufeinanderprallen. Wir von der CVP verfolgten dabei folgende Ziele: Erstens wollten wir die Zersiedelung eindämmen, zweitens wollten wir am richtigen Ort weiterhin Entwicklung ermöglichen, drittens wollten wir leistungsfähige Verkehrssysteme ermöglichen ohne ideologische Grabenkämpfe und viertens wollten wir den Richtplan auf das Notwendige beschränken. Der Regierungsrat hat uns eine gute Vorlage geliefert und ich erlaube mir, hier ein Lob auszusprechen zuhanden Regierung und Verwal-

tung. Sie haben einen zeitgemässen Richtplan vorgelegt, der übersichtlich ist und eine klare Richtung vorgibt. Diese Richtung lautet: Entwicklung soll nach innen stattfinden, flächiges Überbauen ist passé. Das ist eine ganz andere Sprache als noch 1995 und ich behaupte, hier findet ein Paradigmenwechsel in der Raumplanung statt. Die Richtung, welche die Regierung vorgab, entspricht zu guten Teilen unserer Grundhaltung. Unser erstes Ziel war, wie gesagt, die Zersiedelung einzudämmen. Ich stelle fest: Das ist gelungen. Natürlich behauptet Links-Grün tapfer das Gegenteil, ich habe die Traktate jetzt noch im Ohr, es werde masslos eingezont. Das ist politisch verständlich, der Wähler will schliesslich Einsatz sehen, doch das Zeter und Mordio hält einer sachlichen Überprüfung nicht stand. Die Vorlage des Regierungsrates sah eine Verkleinerung der Siedlungsfläche von 0,4 Prozent vor. Darin enthalten sind zahlreiche Auszonungen wie auch punktuelle Erweiterungen des Siedlungsgebietes. In der Beratung hat der Kantonsrat die Siedlungsfläche, wenn auch nicht sehr markant, aber doch weiter verkleinert. Und per saldo sind wir bei einer roten Null angelangt. Das Siedlungsgebiet wird nicht erweitert. Ich sage das in erster Linie für die Journalistinnen und Journalisten, bei Ihnen ist Hopfen und Malz verloren, ich weiss es (*Heiterkeit*). Wir unterstützen das, auch wenn wir wissen, dass damit ein anspruchsvoller Auftrag verbunden ist. Es ist zu bedenken, dass die Bevölkerung seit 1995, als wir letztes Mal hier den Richtplan diskutiert haben, stark angewachsen ist und dass auch die Bedürfnisse nach mehr Wohnfläche pro Einwohner stark gestiegen sind. Wenn der Kanton Zürich also in den nächsten 20 Jahren mit gleich viel Siedlungsfläche auskommen soll wie bisher, dann erhält die Frage der Verdichtung nach innen höchste Bedeutung. Und die Preisfrage für die kommenden Jahre lautet daher: Wie können wir verdichten, ohne dass die Lebensqualität leidet? Und – mindestens so anspruchsvoll – wie schaffen wir dafür Akzeptanz in der Bevölkerung? Sie kennen ja alle das Phänomen, dass im Grundsatz jeder fürs Verdichten ist, ausser es passiert vor seinem Haus. Und da gibt es viel zu tun. Wir müssen gemeinsam mit der Bevölkerung zu tragfähigen Rezepten kommen und ich weiss, wovon ich spreche. Bemerkenswert ist, dass diese Grundsatzfrage, wie viel Siedlung Zürich braucht, nicht umstritten war, denn ich weiss, dass betont wachstumsfreundliche Kreise sich einen wesentlich grosszügigeren Richtplan gewünscht hätten. Wir von der CVP sind den expansiven Ansprüchen ebenso wenig gefolgt

wie den unzähligen einschnürenden Ansprüchen von links-grüner Seite, die nach dem Motto formuliert wurden «je weniger Siedlungsfläche, desto besser» und die durchtränkt waren von einem unerschütterlichen Glauben an staatliche Planbarkeit. Ich habe manchmal den Eindruck, Sie würden im Richtplan am liebsten jeden Fussgängerstreifen festschreiben. Da haben wir es von Mitte-Rechts besser gemacht. Wir haben uns auf gemeinsame Anliegen geeinigt und unsinnige Anträge zum vornherein gebodigt. Wenn Sie den Eindruck haben, wir seien deshalb «Würmchen», Markus Späth, gerne. Wir leisten immerhin einen wertvollen Beitrag zur Biodiversität (*Heiterkeit*).

Trotz Geschimpfe, wenn Sie ehrlich sind, meine Damen und Herren auf der Gegenseite, dann sind Sie eigentlich ganz zufrieden, dass wir an Ihrer Stelle jetzt den Richtplan annehmen. Denn der Richtplan geht auch aus Ihrer Sicht in die richtige Richtung. Er ist letztlich eine raumplanerisch gescheite Antwort auf eine schlecht formulierte Volksinitiative. Oder wollen Sie tatsächlich lieber mit dem Richtplan von 1995 weiterarbeiten? Ich kann es mir schlecht vorstellen. Was der Richtplan besser macht als die Volksinitiative ist auch: Er lässt etwas Spielraum für die wirtschaftliche Entwicklung, auch dafür haben wir uns eingesetzt. Denn nicht nur eine intakte Landschaft, auch eine starke Wirtschaft ist eine Zürcher Qualität und so soll es bleiben. Der Regierungsrat hat das auch erkannt. Er hat das Ziel «Gewerbe stärken» formuliert und dezentral regionale Arbeitsplatzgebiete definiert. Das haben wir unterstützt und selbst entsprechende Anträge gestellt, um die Rahmenbedingungen für das Gewerbe zu verbessern. Dabei war uns wichtig, dass die Entwicklung an gut erschlossenen Lagen erfolgt. Im Bereich «Verkehr» haben wir Wert darauf gelegt, dass wir uns Optionen offenlassen. Denn wir – im Gegensatz zu Ihnen – wissen nie so recht genau, wo in 15 Jahren der Fussgängerstreifen hinkommt. Wir wollten insbesondere nicht verschiedene Verkehrsträger gegeneinander ausspielen. Aus unserer Sicht haben sowohl der ÖV, den wir immer unterstützt haben, wie auch der Individualverkehr ihre Berechtigung.

Ich komme zum letzten und vierten Punkt: Ist es uns gelungen, den Richtplan auf das Nötigste zu beschränken? Haben wir über das Wesentliche diskutiert? Hier fällt meine Bilanz durchgezogen aus. Vereinzelt, zum Beispiel bei der Diskussion um den Flughafen Dübendorf hatten wir sprichwörtlich die richtige Flughöhe. Geärgert habe ich mich hingegen über die gefühlten 150 Kleinanträge, inklusive des le-

gendären «No-Go-Antrags». Dieser Antrag hat das Zeug zum Motto. Meine Einschätzung ist: 100 gute Anträge wären zielführender gewesen als 250 mässige, von denen viele letztlich nur dazu da waren, das eigene Parteiprogramm zu massieren. Dann, Markus Späth und Kollegen, hätten Sie vielleicht auch mehr Abstimmungen gewonnen. Wir von der CVP hatten zu Beginn der Debatte auch gute Ideen. Zum Beispiel hat jemand gesagt, man könnte im Richtplan überall hinschreiben, dass die Erreichbarkeit mit Kinderwagen auch gewährleistet sein müsse. Ich sehe, das Herz geht Ihnen auf oder Sie finden es doch nicht ganz stufengerecht und das ist genau das Thema gewesen. Wir haben darauf verzichtet – in einem Akt der Selbstbeschränkung (*Heiterkeit*) –, jeden Mumpitz in den Richtplan zu schreiben. Sie haben das leider nicht so gemacht und wir mussten Sie bremsen. Zum Glück ist es gelungen. Die Totalrevision des Richtplans ist eine Herkulesarbeit. Die Arbeiten dauern schon mehrere Jahre und wir kommen heute zu einem voraussichtlich positiven Abschluss. Ich danke der Regierung und der Verwaltung, die in einem aufwendigen Verfahren zusammen mit allen Gemeinden und mit vielen Interessengruppen eine mehrheitsfähige Vorlage erarbeitet haben. Ich danke auch den beiden vorberatenden Kommissionen. Sie haben ebenfalls immense Arbeit geleistet. Und wenn Sie noch von vornherein die Hälfte der Anträge gestrichen hätten, dann wäre es perfekt gewesen. Ich behaupte: Zürich erhält heute einen Richtplan, der eine klare Richtung vorgibt, und ich behaupte zweitens, dass die Arbeit erst richtig beginnt. Die Entwicklung nach innen wird uns noch vor grosse Herausforderungen stellen. Die CVP wird dem Richtplan zustimmen. Besten Dank.

Markus Schaaf (EVP, Zell): «Im Anfang schuf Gott Himmel und Erde.» Mit diesen Worten beginnt in der Bibel der Bericht über die Erschaffung dieser Welt. Weiter wird dann ausgeführt, wie Gott innerhalb von sechs Tagen die ganze Erde geschaffen hat. Mark Twain meinte dazu: «Dass Gott nach sechs strengen Tagen als Letztes noch den Menschen schuf, mag einiges erklären.» (*Heiterkeit.*) Nun, wenn wir jetzt zurückblicken und bilanzieren, was dieser Rat in sechs Arbeitstagen geschaffen hat, dann müsste eigentlich unsere Achtung vor dem Schöpfer wieder steigen. Ganz persönlich bin ich zufrieden, dass ich in der EVP eine Politik betreiben kann, die zwar bürgerlich ist, aber ein selbstständiges Denken und Handeln erlaubt. Wir sind zwar nicht die grösste bürgerliche Partei, aber in den letzten Tagen waren

wir ganz sicher die freiheitlichste bürgerliche Partei. Manchmal hatte ich schon das Gefühl, «EVP» bedeutet hier «die einzig vernünftige Partei» (*Heiterkeit*).

Nun, was haben wir erreicht? Beim Raumkonzept und bei der Siedlungsentwicklung ging es der EVP darum, dass sich das Siedlungsgebiet im Kanton Zürich kontrolliert und geregelt entwickelt. Die Entwicklung erfolgt konzentriert auf definierte Schwerpunkte in unserem Kanton. Wir legten Wert auf ein ausgeglichenes Verhältnis von Räumen für Wohnen, Gewerbe, Landwirtschaft, Natur, Freizeit und Erholung. Und in der Gesamtbilanz wollte die EVP beim Siedlungsgebiet eine rote oder schwarze Null erreichen. Dies ist gelungen, wir sind zufrieden. Beim Kapitel «Verkehr» war dies nicht ganz der Fall. Unser Kompromissantrag für eine moderate Erhöhung des Modalsplits zugunsten des ÖV wäre ein Zeichen gewesen für eine lösungs- und zukunftsorientierte Verkehrsentwicklung. Da sind wir gescheitert. Im Weiteren gibt es beim Kapitel «Verkehr» einige Planungsleichen, die wir gerne entsorgt hätten. Wir hätten hier gern einmal aufgeräumt und Ordnung gemacht. Aber mit viel Ignoranz und Selbstvertrauen hat die Mehrheit in diesem Rat anders entschieden, frei nach dem Motto «Verschiebe nicht auf morgen, was genauso gut auf übermorgen verschoben werden kann».

Ein besonders trauriges Kapitel in der Gesamtrevision dieses Richtplans bildet der Umgang mit dem Flughafen Dübendorf. Der Regierungsrat hat sich in dieser Frage positioniert und wollte letzte Woche die Gunst der Stunde nutzen, um die Kandidatur des Kantons Zürich für die Standortvergabe des Innovationsparks anzumelden. Mit einem Hüftschuss-Schnellentscheid haben wir jetzt eine Formulierung im Richtplan, die nicht ordentlich durch die Kommissionen beraten worden ist. Letzten Endes ist dieser Schnellschuss dank präsidentialer Hilfe ein Schuss in den Rücken des Gesamtregierungsrates und im Besonderen des Baudirektors Markus Kägi. Wir von der EVP bedauern dies sehr. Gerne hätten wir dem Projekt «Innovationspark» einen besseren, gelungeneren Start in den Standortwettbewerb gewünscht als das Trauerspiel, welches wir letzte Woche geboten haben.

Nun haben wir in sechs Arbeitstagen nicht eine neue Welt erschaffen, aber wenigstens den gesamten Richtplan überarbeitet. Was lässt sich im Rückblick daraus lernen? Für die EVP wäre es sinnvoll gewesen, wenn bei solch einem gigantischen Projekt alle Parteien in die Vorbereitungsarbeiten einbezogen worden wären. Mit dem Einbezug aller

Fraktionen könnten tragfähige Grundlagen geschaffen werden für die Ratsdebatte. Die Abgleichung zwischen den zwei vorberatenden Kommissionen wäre wohl optimaler geschehen. Bei vielen Anträgen wären die Mehrheitsverhältnisse zum vornherein besser ausgelotet worden und damit die Beratung um ein erträgliches Mass kürzer geworden. Am Schluss der Debatte stellt sich für einmal aber wieder die Frage: Ist dieser Rat überhaupt fähig zu wirklich grossen Taten? Taten, nicht Worte. Wir haben in den vergangenen Tagen über Projekte in Milliardenhöhe geredet, in vielen Fragen die Weichen für die nächste und übernächste Generation gestellt. Und jetzt schauen Sie sich doch einmal um, in was für einem Umfeld wir diese Entscheidungen getroffen haben: Wir befinden uns hier praktisch in einem Museum. Sitzbänke, die auseinanderfallen, Lederpolster, bei denen die Nähte reissen, und wohl nirgends in unserem Kanton ist der Dichtestress so hautnah zu erleben wie im Saal, wenn Sie während der Debatte Ihren Platz verlassen wollen. Über die Audioanlage will ich schon gar nicht mehr reden. So ist es denn wohl auch besser, dass niemand im Voraus auf die Idee gekommen ist, diese Richtplan-Debatte beispielsweise per Audio- oder gar per Video-Stream zu übertragen, wie das in anderen Kantonen längst Standard ist. Vermutlich werden in Zürich zuerst alle Seetunnels und unterirdischen Parkhäuser gebaut, bevor der Kantonsrat in einem zeitgemässen und zweckmässigen Plenarsaal tagen kann.

Ich komme zum Schluss. Die EVP dankt dem Baudirektor und seinem Team in der Verwaltung. Sie mussten sich von uns in diesem Kreis ja schon sagen lassen, dass sie an geschützten Arbeitsplätzen arbeiten würden. Gerade dieser Richtplan zeigt exemplarisch, wie anspruchsvoll und professionell die Verwaltung arbeiten muss und unsere Verwaltung auch arbeiten kann und es auch tut. Ganz herzlichen Dank, Sie haben unseren hohen Respekt. Die EVP ist nun froh, dass die Debatte zu Ende ist. Dies nicht zuletzt, weil es bei uns so ist, dass alle Mitglieder der EVP-Fraktion noch ein Leben neben dem Kantonsrat haben, und dieses ist in den vergangenen Wochen definitiv zu kurz gekommen. Mit dem Richtplan verfügt der Kanton Zürich jetzt über ein aktuelles und wirksames Instrument für die Raum- und Siedlungsplanung. Welchen weiteren Auswirkungen der Richtplan auf die zukünftige Entwicklung des Kantons hat, ist schwierig abzuschätzen. Hier halten wir es einmal mehr mit Mark Twain: «Voraussagen sollte

man unbedingt vermeiden, vor allem wenn sie die Zukunft betreffen.» Die EVP wird dem überarbeiteten Richtplan zustimmen.

Marcel Lenggrehager (BDP, Gossau): Nach mehreren Jahren Vorbereitung der Gesamtrevision des Richtplans durch die Baudirektion, rund anderthalb Jahren Beratung in den Kommissionen und am Schluss nach sechs Sitzungstagen fassen wir zusammen: Auch in der Politik wird manchmal gut, was lange währt. Es ist uns gelungen, mit dem vorliegenden Richtplan das klare Instrument zur Steuerung einer nachhaltigen räumlichen Entwicklung im Kanton Zürich zu schaffen und jetzt auch verabschieden zu können. Von Beginn weg war klar, dass bei über 250 Minderheitsanträgen gegensätzliche Interessen in diversen Punkten aufeinanderprallen werden. Oder, Markus Späth, sollte ich lieber sagen «lieber ein gesunder Wurmfortsatz als, wenn man bei 80 Prozent der Anträge verliert, ein geplatzter eitriger Blinddarm»? Auch wenn wir den vorliegenden durchberatenen Richtplan verabschieden, dürfen wir uns nichts vormachen, zahlreiche politische Baustellen bleiben auch mit dieser Revision bestehen. Wir sind uns bewusst, dass einiges, das keine Mehrheit und/oder eben eine Mehrheit gefunden hat, schon sehr bald in den Gemeinden und auch auf dem Tisch dieses Parlaments liegen wird. Einerseits, weil es sich bei diesem Planungsinstrument um eine Momentaufnahme und um einen Planungshorizont von rund 25 Jahren handelt, andererseits weil die ideologischen Überzeugungen von links mit Sicherheit nicht abreißen werden. Wichtig war uns, dass die hohe Lebensqualität und die grosse wirtschaftliche Leistungsfähigkeit oder Leistungskraft unseres Kantons klar und deutlich zum Ausdruck kommt. Dem ist so und jetzt ist es uns möglich, unsere Standortvorteile zu festigen und die Handlungsspielräume auch für künftige Generationen zu sichern. Es war uns besonders wichtig, dass das Siedlungsgebiet unter dem Strich nicht zu stark erweitert wird. Dazu beigetragen haben zuerst und ganz vorne die harte Haltung der Baudirektion gegenüber den einzonungswilligen Gemeinden und dann auch die Kommission. Auch wir hier im Parlament haben, so meinen wir, die richtige Flughöhe gefunden und mit wenigen Ausnahmen sind wir nicht auf die partiellen Interessen eingegangen. Das ist angesichts des Verlustes an Grünflächen der letzten Jahre und noch vorhandenen Reserven sicher richtig. Sowohl Bevölkerung wie auch Wirtschaft beziehungsweise das Gewerbe können sich in den nächsten Jahren entwickeln. Besonders froh sind

wir, dass es der bürgerlichen Allianz gelungen ist, der links-grün ideologisierten Fahrrad-Lobby Einhalt zu gebieten. Gleiches gilt nach unserer Ansicht auch für den öffentlichen Verkehr. Es wird Zeit, dass Links-Grün, inklusive GLP, endlich merkt, dass es nur ein Nebeneinander und kein Gegeneinander gibt. Es gibt nicht nur Velofahrer und ÖV-Benutzer, es gibt auch den Individualverkehr. Der Autofahrer wird und will auch nebst dem ÖV Auto fahren und wer das nicht wahrhaben will, ist gesellschaftsfremd. Was Versorgung und Entsorgung betrifft, so ist es eine Tatsache, dass wir beides unabdingbar benötigen. Im Bereich der Versorgung geht es den einen etwas zu langsam. Doch alles über den gleichen Leisten schlagen beziehungsweise zeitlich nicht organisiert vorzugehen, führt nicht zum Ergebnis. Wir in der BDP anerkennen den Ausstiegswillen und die Nutzung von erneuerbaren Energien absolut. Doch bei vielen Vorstössen ist die Zeit einfach noch nicht reif genug für die Umsetzung. Auch in diesem Kapitel wissen wir, dass es sich um Absichtserklärungen handelt und noch nicht um Aufträge. Fazit dürfte also in diesem Kapitel erneut sein, dass wir in absehbarer Zeit den einen oder anderen Vorstoss behandeln, den wir aus dieser Debatte bereits kennen. Was die Entsorgung betrifft, so hat die Gesellschaft viel dazu gelernt und doch kommen wir ohne Kehrichtverbrennung, Abfallentsorgung und Deponiestandorte, die notabene keiner will, nicht aus. Die regierungsrätliche Planung hat uns sowohl in der Versorgung wie auch in der Entsorgung überzeugt und so können wir dazu ebenfalls deutlich Ja sagen.

Wie Sie zweifellos bemerken, ist die BDP-Fraktion mit dem Ergebnis der Richtplan-Beratung äusserst zufrieden. Wie immer bei solchen grossen Würfeln gäbe da und dort das eine oder andere, was wir auch lieber sehen würden. Doch insgesamt, finden wir, gilt es, dem durchberatenen Vorschlag zuzustimmen. Wenn SP, Grüne sowie GLP sich von diesem Richtplan – wenn auch nur teilweise – verabschieden, zeigen sie einmal mehr, dass es ihnen nicht um das Wohl unseres Kantons geht, sondern lediglich um die Durchsetzung ideologischer Überzeugungen und Fantastereien auf dem Buckel einer Gesellschaft, die ihnen ein solches Verhalten überhaupt erst ermöglicht. Es ist unserer Fraktion ein grosses Anliegen, den anderen bürgerlichen Parteien – SVP, FDP, CVP und EDU – ganz herzlich für die ausgezeichnete Zusammenarbeit zu danken. Die Zusammenarbeit hat sich gelohnt, denn jetzt haben wir einen bürgerlichen Richtplan im Kanton Zürich,

der die räumlichen Voraussetzungen für die Entfaltung der Menschen ermöglicht und für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen sorgt. Die Richtung des Richtplans stimmt, wir stimmen zu.

Michael Welz (EDU, Oberembrach): Die EDU dankt allen Beteiligten, die an der Richtplan-Vorlage mitgearbeitet haben. Sie haben eine hervorragende Vorarbeit geleistet. Für die EDU steht fest: Abgesehen von wenigen Ausnahmen lässt sich mit dem bereinigten Richtplan im Kanton Zürich gut leben. Im Gegensatz zum Richtplan von 1995 beinhaltet der heutige Richtplan einen sorgfältigeren Umgang mit der noch unbebauten Fläche. Masshalten ist angesagt. Die EDU hat Mass gehalten, auch wenn wir nicht oft den Ausschlag geben konnten. Die EDU hat in der Richtplan-Beratung die verschiedenen Interessen gegeneinander abgewogen. Wir hatten in der Entscheidungsfindung den Bedarf an Grundfläche für die Wohnbevölkerung, für das Gewerbe und für die Verkehrserschliessung gegenüber der Landwirtschaft und der Nahrungsmittelproduktion sorgfältig abgewogen. Uns ist der Erhalt von wertvollem Kulturland, also von Fruchtfolgeflächen, wichtig. Egoistische Ziele und einen nimmersatten Wachstumswahn auf Kosten unserer Fruchtfolgeflächen lehnte die EDU entschieden ab. Deshalb sind wir bei einzelnen Karteneinträgen von der bürgerlichen Meinung abgewichen. Bei den neuen Siedlungsflächen wurden aus unserer Sicht die wertvollen Böden teilweise zu wenig gewichtet und geschützt. Einige Flächeneinträge gehen weit über die Notwendigkeit hinaus. Die EDU konnte entgegen der linken Ratsseite mit gutem Gewissen einige neue Siedlungsgebiets-Einträge ablehnen, da wir ja auch die Masseneinwanderungsinitiative unterstützt haben sowie schon viel früher die Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit Entschiedenheit ablehnten.

Die Raumsicherung für das Gewerbe haben wir für notwendig erachtet und somit der Schaffung von Arbeitsplätzen mehrheitlich zugestimmt. Es ist uns wichtig, dass in Zukunft Arbeitsplätze vor Ort, also dezentral geschaffen werden und nicht alle Arbeitnehmer vom Land in die Agglomeration zur Arbeit fahren müssen. Nicht nur bezüglich der Siedlungsfläche, auch beim Naturschutz ist es der EDU wichtig, dass mit den Ressourcen sorgfältig umgegangen wird. Viele Forderungen der Grünen, GLP und SP im Landschafts- und Naturschutz waren überrissen und zeigen den nimmersatten Hunger und kompromisslosen Einsatz der sogenannten Naturschützer. Die EDU begrüsst

einen massvollen Naturschutz, sieht aber den Menschen und die nachhaltige landwirtschaftliche Nutzung auch als Teil der Natur. Wir tun gut daran, wenn wir in Zukunft über den Tellerrand des gefüllten Tellers blicken. Nicht alle Strassen, die im bereinigten Richtplan aufgeführt sind, werden je gebaut. Jedem Eintrag stehen vor einer Realisierung noch weitere Hürden bevor. Etliche werden aufgrund des Widerstands der Bevölkerung wohl nie gebaut. Hier hätte es aus unserer Sicht noch weiteres Entschlackungspotenzial. Wir denken da zum Beispiel an die Äussere Nordumfahrung. Für die EDU bleibt weiterhin die Zielrichtung bestehen: Ausbau bestehender Infrastruktur vor Landverschleiss durch Neubau neuer Streckenführungen.

Erfreut sind wir, dass der Flughafen Dübendorf für aviatische Zwecke weiterhin zur Verfügung stehen soll und dem Bund auch bezüglich Innovationspark ein klares Signal aus Zürich gesendet wird.

Zum Schluss: Wir werden dem bereinigten Richtplan zustimmen und hoffen, dass hiermit dem Kanton für die nächsten 15 Jahre eine verbindliche Planungssicherheit erteilt wurde. Wir wünschen unserem Baudirektor alles Gute bei der Umsetzung der Entwicklung nach innen. Danke.

Regierungsrat Markus Kägi: Nun haben wir es also hinter uns. Nach zahlreichen Voten und Abstimmungen steht uns jetzt noch die abschliessende Festsetzung des Richtplans durch diesen Kantonsrat bevor. Wir sind in der letzten Phase eines intensiven, bereits rund sieben Jahre dauernden Prozesses angelangt. Mit der Behandlung des kantonalen Richtplans haben Sie ein grosses Planungswerk legitimiert. Die Arbeit im Kantonsparlament war intensiv, genauso wie bereits die vorbereitende Diskussion in den Kommissionen. Und das Ergebnis kann sich wahrlich sehen lassen. Sie können mich sicher verstehen, wenn ich sage, dass ich und der Regierungsrat über das Ergebnis der Beratungen hochofreut sind. Dieser Richtplan wird in vielerlei Hinsicht in die Geschichte unseres Kantons eingehen. Ein eigentliches Markenzeichen dieses Richtplans ist die ausserordentlich breite Abstützung. Er widerspiegelt die umfangreiche Zusammenarbeit mit unseren Zürcher Gemeinden, mit den Planungsträgern auf kantonaler und regionaler Stufe, mit dem Parlament, mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit den Verbänden und sogar mit den umliegenden Kantonen und dem Bund. Eine Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans ist eben in jeder Hinsicht eine Gemeinschaftsaufgabe und das

Gegenstromprinzip wurde während des gesamten Prozesses muster-gültig vorgelebt.

Zum Eintreten auf diese Richtplanvorlage habe ich Ihnen erläutert, welche Anforderungen wir an einen modernen Richtplan stellen müssen, um unserem Kanton auch künftig ein markantes Gesicht geben zu können. Der Richtplan muss die Entwicklungsdynamik steuern. Der Richtplan muss Vielfalt ermöglichen. Der Richtplan muss kompakte Siedlungsformen fördern. Und der Richtplan muss einen zukunfts-trächtigen Umbau unseres Kantons erlauben. Ich stelle mit grosser Freude fest, dass der Richtplan auch nach dieser intensiven Kantons-rats-Session diese hohen Ansprüche einlösen kann. Man darf von ei-ner ausgewogenen und ausgereiften Richtplan-Vorlage sprechen. Die dadurch für die nächsten 25 Jahre gesetzten Akzente sind richtig und wichtig. Der nun vorliegende Richtplan verdient deshalb Ihre volle Unterstützung. Wir haben die Chance, als einer der ersten Kantone vom Bund für unseren Richtplan das Prädikat «RPG-konform» (*Raumplanungsgesetz*) zu erhalten. Damit ist der Kanton Zürich für die Zukunft bestens gerüstet. Zürich wird weiterhin ein dynamischer Kanton bleiben. Mit dem Richtplan haben wir nun die Leitplanken definiert, welche uns trotz des anhaltenden Wandels auf der Spur hal-ten werden.

Noch ein Wort zur Kulturlandinitiative: Die Zürcher Stimmbevölke-rung hat diese Mitte 2012 just zum Start der Kommissionsarbeit zum Richtplan gutgeheissen. Und die Kulturlandinitiative hat ohne Zwei-fel der Richtplan-Vorlage des Regierungsrates Rückenwind verliehen und mit dafür gesorgt, dass dieser Richtplan weiterhin für einen haus-hälterischen Umgang mit dem Boden steht. Die sich nun dem Ende zuneigende Richtplan-Session hat für mich zweifelsfrei bestätigt, dass der Richtplan in dieser Form die Anliegen der Kulturlandinitiative zu erfüllen vermag und weiterführende Bestimmungen im Planungs- und Baugesetz nicht nötig sind. Zum Schluss dieser Debatte danke ich dem Ratspräsidenten Bruno Walliser für die ausserordentlich souve-räne und umsichtige Verhandlungsführung. Beeindruckend war, mit welcher Konsequenz die Beratungen vorangetrieben wurden, ohne den für die Diskussion im Rat erforderlichen Raum zu beschneiden. Und sogar ein wichtiger Stichentscheid durfte gefällt werden. Ich be-danke mich auch bei den insgesamt sechs vorberatenden und mitbe-richtenden Kommissionen. Selten wurde ein Geschäft in dieser Breite diskutiert. Der Kommission für Planung und Bau und ihrem Präsi-den-

ten Pierre Dalcher sowie der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt und ihrem Präsidenten Ruedi Lais gebührt ein besonderes Lob. Sie haben meines Erachtens sehr gute Arbeit geleistet, waren in Detailfragen sattelfest und haben jederzeit den Überblick über das anspruchsvolle und vielfältige Dossier bewahrt. Das Verfahren hat auch gezeigt, dass der Kantonsrat und seine Kommissionen die richtigen Gremien sind, um den kantonalen Richtplan zu beraten und festzulegen. Diese demokratische Legitimation, wie sie in der Schweiz nicht alle Kantone kennen, verleiht dem Richtplan zusätzlich Gewicht. Und dieses braucht es, wenn es um so wichtige Weichenstellungen für die Zukunft geht. Natürlich kann aber auch nicht bestritten werden, dass der Kantonsrat mit der Beratung einer derart umfangreichen Vorlage an seine Grenzen stösst. Aber wer weiss, vielleicht stimmt es ja tatsächlich, dass wir die Letzten hier im Rathaus sind, welche eine Gesamtrichtplan-Revision mit einem solchen Umfang miterleben durften. Wir werden unsererseits jedenfalls alles daran setzen, dass der Kantonsrat künftig mit kleineren und besser verdaubaren Richtplan-Portionen bedient wird.

Der Dank geht weiter an meine Mitarbeitenden aus dem Amt für Raumentwicklung und natürlich an alle am Richtplan-Verfahren mitwirkenden der beteiligten kantonalen Fachstellen aus den verschiedenen Direktionen. Sie haben hervorragende Arbeit geleistet und die Beratungen in den Kommissionen und im Plenum mit viel Sachverstand unterstützt. Ein Dank gebührt auch den Medienschaffenden. Auch sie wurden mit dieser langanhaltenden und vielschichtigen Richtplan-Session auf eine harte Probe gestellt. Sie haben dies mit Ausdauer gemeistert und, wie es sich im Zeitalter des Internets gehört, dafür gesorgt, dass ihre Berichte schon fast in Echtzeit verfügbar waren. Zu guter Letzt danke ich Ihnen allen hier im Ratssaal dafür, dass Sie diese Herausforderung angenommen und die anspruchsvolle Vorlage konstruktiv zu Ende beraten haben. Ich bin davon überzeugt, dass Sie mit dieser Richtplan-Revision einen ganz wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung des Kantons Zürich geleistet haben. Nachfolgende Generationen werden stolz auf Sie sein.

Ratspräsident Bruno Walliser: Ich schliesse mich dem Dank von Regierungsrat Markus Kägi an und bedanke mich bei allen, die sich dafür eingesetzt haben, dass wir diese Richtplan-Debatte geordnet und gut organisiert über die Bühne bringen konnten. Und ich bedanke

mich natürlich bei meinem Vor-Vor-Vorgänger (*Jürg Trachsel, SVP, Wädenswil*) als Kantonsratspräsident für die Blumen.

Erlauben Sie mir doch noch einige Zahlen zu dieser Richtplan-Debatte zu nennen. Ich nenne jetzt die Anträge exklusiv der Flughafen-Debatte, diese Revision steht uns ja noch bevor: Wir haben an zehn Sitzungen – an sechs Tagen, Markus Schaaf – hier alle im gleichen Boot gesessen und haben 33 Stunden lang konstruktiv miteinander debattiert und auch abgestimmt. Sie haben als Ratsmitglieder zweieinhalb Kilogramm Papier bekommen, das heisst für die ganzen 180 Kantonsrätinnen und Kantonsräte wurden über 460 Kilogramm Papier verteilt, exklusive des heute abgegebenen Erläuterungsberichts. Wir haben 222 Abstimmungen durchgeführt, da sind auch die Anträge auf Schliessen der Rednerliste und Reduktion der Rednerzeit eingeschlossen. Und Sie haben 58 Minderheitsanträge angenommen. Ich danke auch Markus Späth für seine Blumen, die ich erhalten habe, und ich danke auch dem Rat, dass ich trotzdem noch bei diesen vielen Abstimmungen zwei Stichentscheide treffen konnte. Erlauben Sie mir doch, weil ich durch Markus Späth auch persönlich angesprochen wurde, kurz zu zitieren, was im Erläuterungsbericht steht: «Piste und Flughafen-Perimeter werden aus der Richtplan-Karte entfernt, Stationierung von Helikoptern der Rega, Kantonspolizei sowie der Luftwaffe soll möglich sein.» So viel zur Presseberichterstattung der Privatfliegerei.

Wir kommen nun zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 126 : 46 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem bereinigten Richtplan zuzustimmen.

Ratspräsident Bruno Walliser: Wir kommen noch zur Schlussabstimmung über das dringliche Postulat 179/2012, Vorlage 5010.

Ruedi Lais (SP, Wallisellen), Präsident der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU): Ich appelliere an Ihr Mitleid, dass ich Sie jetzt mit einem Geschäft behelligen muss. Da wir einstimmig entschieden haben im Rahmen der Richtplan-Vorlage konnte ich natürlich nicht erklären, was es mit der gestrichenen Haltestelle «Rheinfall» auf sich hat, und das ist ein Problem, das wir nicht zu 100 Pro-

zent gelöst haben. Deshalb möchte ich Ihnen erklären, weshalb wir trotzdem den Antrag auf Abschreibung des dringlichen Postulates stellen.

Ich spreche natürlich nicht mehr zum Richtplan, sondern zur Vorlage 5010, dringliches Postulat von Markus Späth, für den Erhalt der Haltestelle «Schloss Laufen» beim Rheinfall. Die KEVU empfiehlt Ihnen, die Haltestelle «Schloss Laufen» gemäss der Richtplan-Vorlage beizubehalten und mit dem Vermerk «kurzfristige Sanierung» zu versehen. Das haben wir unterdessen gemacht. Gemäss einer strengen Auslegung des Behindertengleichstellungs-Gesetzes, BehiG, wäre es nicht möglich, die Haltestelle am heutigen Ort, die in einer Kurve liegt, gesetzeskonform zu sanieren. Die einzige Möglichkeit wäre gewesen, die Haltestelle auf die Rheinbrücke zu verlegen, was mit Kosten von weit über 20 Millionen Franken verbunden gewesen wäre. Ich bitte die SVP um Aufmerksamkeit (*der Lärmpegel im Saal ist hoch*), es geht um die Erschliessung des «Friedhöfli» von Christoph Blocher. Die einzige Möglichkeit wäre es also gewesen, auf die Rheinbrücke zu verlegen. Der Regierungsrat beantragte daher, mit der Richtplan-Vorlage diese Haltestelle zu streichen. Der einstimmige Kantonsrat verlangte daraufhin mit der Unterstützung des dringlichen Postulates vom Markus Späth vom 25. Juni 2012, dass eine Lösung am heutigen Ort gefunden wird. Der Verlust der S-Bahn-Anbindung für die Touristenmagneten «Rheinfall» und «Schloss Laufen» wäre äusserst bedauerlich gewesen und die anvisierte Lösung mit Bussen zu wenig attraktiv.

In seiner Postulatsantwort zeigt nun der Regierungsrat eine pragmatische Variante auf, wie die Haltestelle ausgebaut werden soll. Die Variante I mit Perronverlängerung am bestehenden Ort trägt den entzückenden Namen «Bahn romantisch» und besteht aus folgenden Elementen: Perronverlängerung auf 220 Meter, Perronkante von 35 Zentimetern, eine kleine Zusatzrampe zum bestehenden Lift hinauf zum Schloss Laufen sowie für Rollstuhlfahrende ein Busangebot mit Haltestelle vor dem Schloss Laufen. Die Investitionskosten betragen 4,5 Millionen Franken. Die Einhaltung des BehiG kann von den Behindertenorganisationen auf dem Gerichtsweg erzwungen werden. Es ist aber doch anzumerken, dass für Rollstuhlfahrende ohnehin keine Lösung mit einer S-Bahn-Haltestelle gefunden werden kann. Sie haben nichts davon, wenn überhaupt niemand mehr mit dem Zug zum Schloss Laufen fahren kann, selbst wenn dann die Gleichstellung

100-prozentig erfüllt wäre. Mit dem engen Kurvenradius bestehen selbst im Beschwerdefall gute Chancen, dass die Haltestelle «Schloss Laufen» im Ausnahmefall bewilligt werden könnte. Im Präzedenzfall, wo eine solche Bewilligung nicht erteilt worden war, war der Kurvenradius kein Problem. Sollte dies nicht der Fall sein, so wäre die ursprüngliche Lösung «Bus für alle» die Rückfall-Variante.

Die KEVU dankt dem Regierungsrat und dem ZVV (*Zürcher Verkehrsverbund*) für das rasche Eingehen auf den einhelligen Wunsch des Kantonsrates und freut sich einstimmig, dass eine pragmatische Lösung gefunden werden konnte, die den touristischen Angeboten am Rheinfall gerecht wird. Sie beantragt Ihnen deshalb Zustimmung zur Abschreibung des Postulates.

Ratspräsident Bruno Walliser: Am 3. Februar 2014 haben wir gemeinsame Beratung dieser Geschäfte beschlossen. Daher gibt es auch keine weiteren Wortmeldungen.

Die vorberatende Kommission schlägt die Abschreibung des Postulates vor. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt. Das Verfahren ist beendet.

Das dringliche Postulat 179/2012 ist abgeschrieben.

Die Geschäfte 2 und 3 sind erledigt.

Verschiedenes

Ratspräsident Bruno Walliser: Ich habe noch Anfragen gekriegt betreffend Montagnachmittag, ob jetzt eine Doppelsitzung stattfindet oder nicht. Ich kann Ihnen sagen, wenn wir um 12 Uhr fertig sind mit dem Flughafen-Richtplan, dann nicht, und wenn nicht, dann Ja (*Heiterkeit*). Aber ich erlaube mir, vielleicht noch etwas länger zu machen als bis 12 Uhr, sofern dann kein Antrag auf Abbruch nach vier Stunden kommt.

Ich bedanke mich fürs Mitmachen und wünsche einen schönen Abend.

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

– **«Die Schweiz steht im Stau»**

Anfrage *Roger Bartholdi (SVP, Zürich)*

Schluss der Sitzung: 16.45 Uhr

Zürich, den 18. März 2014

Die Protokollführerin:
Heidi Baumann

Von der Protokollprüfungskommission der Geschäftsleitung genehmigt am 31.
März 2014.